

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 80 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:  
Leipzig, Tauscher Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Fernsprecher: 13003.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Plagvorschritt 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 10/21, Fernsprecher: 4500 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Eine österreichisch-ungarische Protestnote.

Sir Edward Grey und Poincaré über Krieg und Frieden. — „Schriften“ der Alliierten gegen Rumänien. — Von der Konferenz der deutschen Finanzminister.

### Jahrestage des Weltkriegs.

16. Mai 1915. Würdlich von Ypern gehen deutsche Truppen vor starken englischen Kräften über den Kanal zurück. Angriffe deutscher Luftschiffe auf Calais und Dover. Das Entlassungsgesuch des Ministeriums Salandra wird vom König abgelehnt.

### Die neuesten Meldungen.

#### Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 15. Mai. (W. Z. V.) Bericht des Hauptquartiers. Von der Kaukasus- und Trakfront keine wichtige Meldung. Ein ausreißer Wasserflugzeug überflog in der Nacht des 13. Mai die Insel Imbros und warf mit Erfolg Bomben auf zwei feindliche Schiffe, die in der Bucht von Keptelos ankerten. Unser Wasserflugzeug kehrte trotz des Feuers der feindlichen Artillerie unverletzt zurück. Ein feindlicher Monitor, der in einem Hafen an der Nordwestküste der Insel Keusken einlaufen wollte, geriet in das Ueberraschungsgeschütz unserer Artillerie. Ihre Vorkreuzer ließen den Monitor in Flammen gefüllt, rauchend scheitern. Während der mehrere Stunden andauernden Feuersbrunst wurden deutlich die Explosionen gehört, die von der in dem Schiff befindlichen Munition herrührten. Ein feindliches Flugzeug, das inzwischen erschienen war, warf sechs Bomben auf das Gestade von Durka, tötete einen Mann und zwei Frauen der Zivilbevölkerung und verletzte ein Kind.

#### General Townshend in Konstantinopel.

Konstantinopel, 16. Mai. (W. Z. V.) General Townshend wird heute mit seinen zwei Töchtern, die sich während der Belagerung von Kut-el-Amara bei ihm befanden, hier eintreffen.

#### Niedermetzelung von Muselmanen.

Konstantinopel, 16. Mai. (Meldung der Agentur Milli.) Nach solchen eingelaufenen amtlichen Meldungen ist ein Teil der muslimanischen Bevölkerung, der in den Dörfern des Distriktes Chalkat, den die Russen besetzt haben, zurückgelassen war, durch den Feind niedergemetzelt worden. Hauptächlich wurden die Dörfer Erkens und Hassis angezündet und die Einwohner in den genannten Dörfern, ungefähr 500 Personen, Frauen, Kinder und Greise mit einbegriffen, lebendig verbrannt. (W. Z. V.)

#### Die Tat eines Wahnsinnigen.

Hugaburg, 16. Mai. Am Wahnsinn tötete der Hofbesitzer Heinrich Grundjäger in Nordendorf seine Ehefrau mit einer Ranne. Zwei Kinder wurden von ihm schwer verletzt. (Z. U.)

#### Einführung der Sommerzeit in England.

London, 15. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Unterhaus. Die Sommerzeitbill wurde in dritter Lesung einstimmig angenommen. (W. Z. V.)

#### Eine deutsche Gegenmaßnahme.

Berlin, 10. Mai. Als Gegenmaßnahme für die unwürdige Behandlung deutscher, in Frankreich gefangener Offiziere wurden, wie die Volk. Zig. erzählt, acht französische Offiziere als Strafgefangene aus dem Offizierslager in Magdeburg unter Führung eines deutschen Offiziers in das Feldlager nach Weesow übergeführt.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 15. Mai befindet sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

### Ein graufames Wildpret.

Von Gustav Eckstein.

Mit seinem neuen Buch\*) wendet sich Genosse Haenisch, wie er im Vorwort betont, nicht an seine Parteigenossen, sondern an ein vorwiegend bürgerliches Publikum, dem er „den inneren Gehalt der Krise“ klarmachen will, die jetzt in der deutschen Sozialdemokratie ausgebrochen ist, einer Krise, an der nicht nur die Partei, sondern das ganze deutsche Volk das stärkste Interesse haben müsse. Ueber die Vorgänge in dieser Parteidiskussion und ihre inneren Beweggründe, d. h. also, über das äußere und innere Leben der Partei während des bisherigen Kriegsverlaufs will Haenisch „so leidenschaftslos berichten, wie es einem Manne nur immer möglich ist, der an den Kämpfen innerhalb der Partei starken Anteil genommen hat.“ Man kann dem Genossen Haenisch das Zeugnis nicht versagen, daß er eifrig bemüht war, diese Objektivität walten zu lassen, und an vielen Stellen seines Buches, besonders wo er auf Personen zu sprechen kommt, die ihm heute in scharfer Opposition gegenüberstehen, sieht man ganz deutlich, wie er sich geradezu Gewalt antut, um „objektiv“ zu bleiben.

Aber gerade weil dieses Bestreben, sich von Gefühlsigkeiten fernzuhalten, deutlich hervortritt, wird es um so bezeichnender, bis zu welchem Standpunkt Genosse Haenisch auf seiner Irrfahrt von der äußersten Linken der Partei aus heute gelangt ist.

Er wickelt einem bürgerlichen Publikum, das sich für Politik bisher nicht sonderlich interessiert hat, die Sozialdemokratie und ihre inneren Wandlungen verständlich machen. Dazu gilt es vor allem, die falschen Vorstellungen zu beseitigen, die dieses Publikum sich schon vorher nach dem äußeren Schein von der Partei gebildet hat. Volk doch die Sozialdemokratie bis zum Kriegsausbruch in bürgerlichen Kreisen meist für eine revolutionäre Motte wasserlandloser Gesellen, die den Staat und die Monarchie umstürzen, das Privateigentum abschaffen und ein sozialistisches Gemeinwesen mit allgemeinem Arbeitszwang, aber auch auskömmlichem Dasein für jeden Arbeitenden herstellen wollten. Aber Genosse Haenisch weicht die ängstlichen Gemüter sogleich zu beruhigen. Das war ja alles gar nicht so schlimm gemeint. Man redete noch aus alter Gewohnheit in dieser Tonart, aber im Herzen waren diese scheinbar so wilden Revolutioner schon längst ehrfame und friedliebende Staatsbürger geworden. Freilich, früher einmal, da ging es ja den Arbeitern in Deutschland ökonomisch und politisch wirklich schlecht, und damals entstanden jene staatsfeindlichen und umstürzerischen Gedanken und Nebenarten, die dann noch lange nachwirkten; aber Gott, den Gewerkschaften und der Reichspolitik sei Dank, dieser Zustand ist längst überwunden.

„Wir wollen ganz gewiß“, heißt es deshalb z. B. S. 103, „die ausgesprochen antistaatliche Strömung, die wir heute in einzelnen deutschen Arbeiterschichten erleben, nicht entschuldigen. Aber wir wollen sie erklären.“ Und Haenisch erklärt sie denn auch besonders aus dem Einfluß von Ausländern aus dem Osten, aber auch aus Holland, die zwar diese staatsfeindliche Bestimmung in den deutschen Arbeitern nicht erst schufen, aber sie in ein System brachten und dadurch zu verewigen trachteten. Denn diesen Einwanderern aus dem Osten fehlt eben (mit Ausnahme von Parvus) „deutsches Nationalgefühl und deutsche Staatsgesinnung! Das feinste, intimste Verhältniß auch für die leiblichen Schwingungen der deutschen Arbeiterseele mußte und muß ihnen (mit Ausnahme von Parvus!) abgehen — bei aller ihrer dialektischen Klugheit.“ Der deutsche Arbeiter selbst ist also gar nicht so schlimm. In der Stunde der Gefahr für sein Vaterland entdeckte er selbst erst mit Begeisterung sein deutsches Herz und stimmte jubelnd ein in das „Deutschland, Deutschland über alles!“

Wie sagt doch der wackere Meister Jettel in Shakespeares „Sommernachtstraum“? „Einen Löwen — Gott behüt uns! — unter Damen zu bringen, ist eine greuliche Geschickte; es gibt kein graufameres Wildpret als so'n Löwe, wenn er lebendig ist; und wir sollten uns vorsehen.“

\*) Konrad Haenisch, Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege. Kriegspolitische Einzelarbeiten Heft 4/7. Berlin 1916. E. V. Schweigke & Sohn. 71 Seiten. Preis 2.50 Mk.

Nach des ehrfamen Meisters Jettel trefflichem Rezept des Anstands und der Vorsicht hat sich Haenisch gerichtet. Aber er begnügt sich nicht, vor seinem verehrlichen Publikum von jüngeren und älteren Damen beiderlei Geschlechts seinen Löwen sagen zu lassen:

„Ihr Fräulein, deren Herz fürchtet die kleinste Maus, Die in monstrosen Gestalt tut auf dem Boden schweben, Wagt ihr zweifelsohn' erztittern und erbeben, Wenn Löwe, rauch von Wut, läßt sein Gebrüll heraus. So wisset denn, daß ich Hans Schnoof, der Schreiner, bin Kein böser Löw' fürwahr.“

Genossen Haenisch ist es in künstlerischer Intuition gelungen, gleich zwei Szenen Shakespeares in eine zusammen zu ziehen und uns hinter den weit geöffneten Rachen des Löwen nicht nur das gutmütige Gesicht des harmlosen Spießbürgers zu zeigen, sondern auch zugleich dessen Verwandlung in jenes Tier anzudeuten, dem es erst wohl wird, wenn es unausgeseht laa laa schreien kann.

Genosse Haenisch hat bis in die letzten Zeile nicht wenig zu dem „Löwengebrüll“ der Partei beigetragen. Er muß also wissen, ob sein Anteil am Gebrüll das Ergebnis einer bedauerlichen Selbsttäuschung war, und was für ein Gesicht ihm unbewußt in Wahrheit hinter der Löwenmaske steckte. Wenn er heute im Namen der Fraktionsmehrheit spricht, indem er die revolutionäre Vergangenheit der Partei als abgetragenen Fitterram abstreift, so hat er sich darüber in erster Linie mit denen auseinander zu setzen, die ihn als ihren Vorkämpfer anerkennen. Wenn aber Gen. Haenisch Wienemacht, auch die Lassalle und Engels, die Wilhelm Liebknecht und Bebel für seine heutige Auffassung von Sozialismus und besonders von Patriotismus in Anspruch zu nehmen, dann kann man das nicht mehr ruhig hinnehmen.

Das Rezept, das unsere Sozialnationalen heute befolgen, um unsere Meister vor ihren neuen Wagen spannen zu können, ist sehr einfach: Um zu zeigen, daß auch sie national fühlten und dachten, beweist man mit großem Aufwand an Druckerwärze, daß auch Lassalle, Engels, Bebel, Liebknecht usw. für das deutsche Volk gefühl, daß sie für sein Schicksal die wärmste Sympathie empfunden haben. Aber ist denn das nicht selbstverständlich? Sie wären nicht deutsche Sozialdemokraten gewesen, wenn sie nicht das deutsche Volk geliebt hätten. Aber daß sie deutsche Sozialdemokraten waren, zeigt allein schon, daß sie aus ihrer Liebe zum deutschen Volk ganz andere Konsequenzen zogen als diejenigen, die heute ihre Schatten beschwören, um sich hinter ihnen zu verstecken. Liebe zum deutschen Volk und Gefolgschaft gegenüber der deutschen Regierung galt ihnen, obgleich sie keine Ausländer waren, eben noch nicht als gleichbedeutend; und darauf kommt es an.

Doch Genosse Haenisch will nicht nur seinen Lesern zeigen, daß die scheinbar so revolutionäre und staatsfeindliche deutsche Sozialdemokratie im Grunde stets nur ein verkleideter und darum verkannter Kriegerverein war. Er sucht sein Publikum auch über die Zukunft zu beruhigen. Allerdings, die Sozialdemokratie wird keines ihrer Prinzipien verleugnen. Aber — wozu gibt es denn einen Unterschied zwischen Theorie und Praxis? Dieser braucht nur fruchtbar gemacht zu werden, um in der Politik wahre Wunder zu vollbringen. Die Sozialdemokratie wird den Klassenkampf nicht abschwören. Dieser ist ja eine wissenschaftlich festgestellte Tatsache und nicht etwa ein politisches Programm. Aber die Formen dieses Kampfes werden gemildert werden, und insbesondere wird im Vordergrund des Bewußtseins bleiben, was allen Klassen der Nation gemeinsam ist. Die innere Abneigung gegen die deutsche Staatsidee haben wir nach Haenisch allerdings schon im Kriege aufgegeben, „weil wir sie christlicherweise nicht mehr aufrechterhalten konnten“. In dieser Hinsicht braucht also nach dem Kriege nichts mehr geändert zu werden. Auch den Internationalismus werden wir nicht abschwören; aber wir werden uns dessen bewußt bleiben, daß er für absehbare Zeit eine Illusion ist, und daß jetzt die Zeit für die Bildung großer Imperien vor uns liegt, an der wir uns beteiligen müssen. Auch die Absicht vor dem Krieg schwören wir nicht ab, im Gegenteil, wir werden den Krieg stets aufs heftigste verabschieden, und um dem Ausbruch zu geben, werden wir später die Militärkredite bewilligen und schon jetzt darauf bestehen, daß im Frieden die deutschen Grenzen gegen künftige Ueberfälle gesichert werden. Das Gerede gegen Anexionen

und über das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ja auch nur ein abgehandelter Phrasenbrei. „Nach ihre theoretischen Ansichten über die besten Verfassungsformen des Staatswesens wird die Sozialdemokratie nicht abzuweichen... Niemanden darf es verwehrt sein, nach wie vor rein gedanklich die Republik für die bessere und rationellere Staatsform zu halten... Aber was die Hauptsache ist: mit der praktischen Politik im neuen Deutschland haben alle diese theoretischen Erwägungen nicht das Mindeste zu tun.“ (S. 157, 158.)

Aber die Leserin gibt sich noch nicht zufrieden. Wollen denn diese Sozialdemokraten nicht den Sozialismus verwirklichen und noch dazu mit revolutionären Mitteln? „Nur unbesorgte, meine Damen“, tröstet Genosse Paenisch, „dieses Schreckbild ist auch nicht gefährlicher als jene Maus, die in monströser Gestalt tut auf dem Boden schweben.“

Sozialismus? Davor braucht sich doch kein Mensch zu fürchten. Die Proffarte ist das Symbol des wahren Sozialismus. Ist es von „unzweifelhaft, daß sich dieser Prozeß der Umorganisation in der Richtung auf den Sozialismus selbst hin bewegt.“ (S. 128.) Und vor der Revolution braucht erst recht kein Deutscher bangen zu sein. Denn „England vertritt in diesem Kriege durchaus das reaktionäre, Deutschland aber das revolutionäre Prinzip!“ „Historische Leute glauben, Revolution bedeutet den Umsturz der politischen und sozialen Herrschaftsverhältnisse im Staate. Kinderleien! Darüber ist unser großer Vorsch schon lange hinaus. Die Revolutionen werden heute im Zeitalter des Imperialismus nicht mehr im engen Rahmen des Staats gemacht, sie vollziehen sich auf dem Weltmarkt. „Schon“ vor nahezu 70 Jahren hat Marx England den Despoten des Weltmarkts genannt. Diesen Despoten zu stürzen, darauf kommt es heute an. Despoten im eigenen Lande gibt es in Deutschland ja sowieso schon lange nicht mehr, und sich mit ihnen aufzuhalten, das wäre auch Kleinlich.“

Auf dieser Grundlage wird die Sozialdemokratie im neuen Deutschland „praktisch weiterarbeiten“. Das heißt also, was bisher nach Ansicht Paenischs in der Partei nur unbewußt vorhanden war, der Zwielpakt zwischen der revolutionären Theorie und der opportunistischen Praxis, das soll nach dem Kriege in ein System gebracht werden. Die politische Verumpfung soll das Reformprogramm der deutschen Sozialdemokratie im neuen Deutschland sein.

So wird die Partei würdig darauf vorbereitet sein, „aus dem „Turm“ der geistigen und politischen Isolierung herauszukommen, sie wird auch die letzten Ueberbleibsel ihres alten Sektenscharakters ablegen“ und „über den Rahmen einer bloßen proletarischen Interessensvertretung hinaus zu einer großen deutschen Kulturpartei werden“, die „unbefangener, innerlich freier, seelisch weniger beengt von gewissen Wort-Zwangsvorstellungen als bisher... die parlamentarischen Waffen handhaben“ wird. Es wird keine „hypothetische Furcht vor der Uebernahme politischer Verantwortlichkeit“ mehr geben.

Wenn aber diese so glückverheißende „Eingliederung der deutschen Arbeiterschaft in das Staatsganze“ erfolgen soll, dann darf die Regierung die „noch einmal ausgestreckte Hand der deutschen Arbeiter“ nicht abermals brutal zurückstoßen. „Geht nicht eine sehr ernste und gründliche „Neuorientierung“ auch auf der andern Seite vor sich“, dann „würde aus dieser offenen Hand von neuem die geballte Faust werden — und zwar von Rechts wegen!“ Wird also die Regierung nach dem Kriege nicht vollständige Politik machen, dann — ja, was tun wir dann doch gleich? Dann — halten wir die Faust, und nützt das noch nichts, dann — hüllen wir uns wieder in das alte Löwenfell, und dann — werden wir brüllen! So gebrüllt hat noch kein wirklicher Löwe! Und die andern werden lachen — so gelacht hat auch noch niemand. Denn sie wissen schon, daß unter der grimmigen Mähne ein harmloses und gebildetes Tierchen steckt, das freilich manchmal bockt, wenn man es gar zu sehr prügelt, knurrt und trilt. Wirft man ihm aber wieder ein paar frische Dornen vor, dann schreit es befreitigt: aa, laal!

Aber noch immer ist die Leserin nicht ganz beruhigt. Sie hat in der „Zeitung“ gelesen, daß es einige böse Menschen gibt, die Diebstahl, Raub und sonstwie heissen. Doch auch da bringt Paenisch Tröstung. Das sind gar nicht böse Menschen. Sie meinen es sehr gut, sie haben auch persönlich allerlei gute Eigenschaften. Es ist nur schade, daß sie noch nicht so klar sehen wie Lensch oder Peus. Sie sind noch in alten Irrtümern befangen, man muß Nachsicht mit ihnen haben. Es sind „Fanatiker und Dogmatiker“, die bald ein Häuflein Offiziere ohne Soldaten sein werden. Die wahre Sozialdemokratie steht hinter Scheidemann.

So steht also heute der Standpunkt aus, von dem aus Gen. Paenisch einem bürgerlichen Publikum das Wesen der Sozialdemokratie während des Weltbrandes klar zu machen sucht. Ihn selbst hat allerdings die nationale Begeisterung in wildem Schwunge von der äußersten Linken der Partei bis weit über deren einstige Grenzen nach rechts mitten in das Lager der Patrioten und Friedberg hineingeführt. Aber was bel Paenisch wie eine Kavalkade, wie eine Parodie wirkt, ist nur das wenig vergrößerte und vergrößerte Bild von Tendenzen, die heute unzweifelhaft in unserer Partei vorhanden und mächtig sind. Die Ehre gebietet der Partei Protest einzulegen gegen diese Einstellung und Verunglimpfung ihrer Vergangenheit, gegen diese Auslegung ihrer Gegenwart. Denn sonst wären wir wirklich nicht mehr berechtigt, uns gegen den höchsten Vorwurf zu verwahren, den wir schon vor Jahresfrist ein Bürgerlicher entgegenzuschleuderte: „Man muß nicht 40 Jahre lang brüllen wie ein Löwe, um schließlich zu zeigen, daß man doch nur ein Esel ist.“

## Die Bureaucratie im stillen Kämmerlein.

Der Hauptauschuss des Reichstags setzt sich gegen die erstauflüchliche Verträge zur Wehr, nach den vielen Fehlschlägen in der Lebensmittelversorgung den Reichstag schlankweg auszuschalten, ihn vor vollzogene Tatsachen zu stellen und die Entscheidung dieser Lebensfragen des deutschen Volkes der reichsamlichen und bundesstaatlichen Bureaucratie anzuvertrauen, deren Befähigungsnahe durch keinen Erfolg bisher erbracht ist. Ein Jentzumbredner hat sogar die Zurücknahme der weitgehenden der Regierung anvertrauten Verordnungsgehalt durch den Reichstag angefordert und zweifellos kann der Reichstag auf die Regierung den stärksten Druck ausüben, indem er die Aufhebung der ihm vorzulegenden Verordnungen verlangt. Das Ermächtigungsgesetz, zu dem gerade aus dem Reichstag die Anregung gegeben wurde, kann aber nur durch kaiser-

liche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats aus der Welt geschafft werden. Vorans wiederum die dringliche Warnung folgt, daß eine an sich mit so geringen Rechten begabte Körperlichkeit wie der Reichstag unter keinen Umständen auf ein Voto seiner Beschlüsse verzichten darf. Aber die bürgerlichen Parteien werden ein wirksames Mitbestimmungsrecht durch summarische Aufhebung der Bundesratsverordnungen zu erlangen, weil die Interessen ihrer Anhänger, der Erzeuger und Händler, zur Not durch ihren Einfluß auf die Bundesstaaten und durch ihre persönlichen Verbindungen mit der Bureaucratie schlecht und recht gewahrt werden können. Der Hauptauschuss des Reichstags hat sich vorläufig bis Mittwoch vertagt, wo er sich — ein Protest gegen seine Ausschaltung — mit Petitionen zur Zensur befassen will, was auch eine ganz nützliche Tätigkeit ist, wenn auch nicht so notwendig wie eine endgültige und erfolgreiche Regelung der Lebensmittelversorgung. Zuvor hat er noch zwei Entschlüsse angenommen: Auf Antrag des Zentrums wird die Erwartung ausgesprochen, daß der Kommission vor der Aenderung der Organisation der Lebensmittelversorgung Gelegenheit zur Aeußerung gegeben werde.

Eine Resolution Dr. Pfleger (Zentr.)—Ebert (Soz.) ersucht die verbündeten Regierungen, dem Auschuss möglichst bald genaue Aufstellungen über Größe und Deckung des Bedarfs in den einzelnen Lebensmitteln für Meer und Marine in den einzelnen Monaten seit Kriegsbeginn, über Resultate der verschiedenen Erhebungen über Auslandsvorräte, über geschäftliche Ergebnisse der verschiedenen Kriegsgesellschaften, Umsätze, Vergütungen der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder Auskunft zu geben, weiter über die in einzelnen Kreisen, Bezirken und Bundesstaaten bestehenden Ausfuhrverbote, über die in den einzelnen Bundesstaaten getroffenen Maßnahmen zur Fleischversorgung, über die Zahlen der Einfuhr und Ausfuhr nach Monaten, Ländern und Gegenständen.

## Zwei Reden über Krieg und Frieden.

Rotterdam, 15. Mai. (B. L.) Sir Edward Grey sagte in einer Unterredung mit einem Vertreter der Chicago Daily News: „Die preussische Tyrannei über Westeuropa einschließlich unserer Insel, wird unser Volk nicht dulden. Aquatische Versprechen, Belgien und Serbien wiederherzustellen, wird erfüllt werden. Wir werden festhalten an der Uebereinkunft, die wir unterzeichneten, nur einen Frieden zu schließen im Einverständnis mit unsern Bundesgenossen. Wir kämpfen für ein freies Europa, das nicht nur befreit sein wird von der Beherrschung der einen Nation durch die andre, sondern befreit von einer tyrannischen Diplomatie und von der Kriegsgefahr, von fortwährendem Schwertgeklirr und Verede über glänzende Wasserkränzen und Feldherrn...“

Auf die Frage des Korrespondenten, ob es sich nicht um die Vernichtung des preussischen Militarismus handle, antwortete Grey: Preussen will ein Europa zurechtstellen, das durch Preussen regiert wird, und will über die Freiheiten seiner Nachbarn und unser aller Freiheiten verfügen. Wir sagen, ein Leben unter dieser Bedingung ist unerträglich. Das gleiche sagen Frankreich, Italien und Rußland. Wir kämpfen auch gegen die deutsche Idee, daß ein von Zeit zu Zeit wiederkehrender Krieg gesund, beinahe wünschenswert sei. Wir wünschen einen dauerhaften Frieden von Europa, der die Völkerschaft bieten wird gegen einen Angriffskrieg. Wir glauben, daß Zwölfe zwischen Völkern mit andern Mitteln beigelegt werden müssen als durch Kriege. Diese andern Mittel sind nur wirksam, wenn man den guten Willen hat und keine Angriffskräfte besitzt. Wir haben Vertrauen zu internationalen Konferenzen.

Grey erinnerte daran, daß sich Deutschland gemeldet habe, einer Konferenz zur Besprechung der österreichischen Forderungen an Serbien zuzustimmen. Der Korrespondent fragte, ob Grey glaube, daß die Neutralen je imstande sein würden, zur Abmahnung des Friedens beizutragen? Grey erwiderte: „Die Bundesgenossen können keinen Frieden dulden, der das Unrecht des Krieges nicht beseitigt. Wenn Menschen mit Friedensratschlägen zu mir kommen, so sollen sie mir auch erzählen,

welche Art des Friedens sie sich denken.

Wenn sie der Ansicht sind, daß Belgien unschuldig war, daß Belgien unaussprechliches Unrecht erlitt, daß es wiederhergestellt werden muß durch diejenigen, die es niederwarfen, so sollten sie es aussprechen... Grey leugnete nachdrücklich, daß vor dem Kriege ein Bündnis gegen Deutschland bestanden habe, oder daß der Krieg Deutschland aufgebrängt worden sei. Der Reichstagsler erkannte einst das Unrecht an und versprach, Belgien wieder herzustellen, sobald Deutschlands militärische Absichten erreicht seien. Jetzt sagt Bethmann Hollweg: es kann seinen status quo ante mehr geben im Osten ebensowenig wie im Westen. Mit andern Worten: die Unabhängigkeit Belgiens soll beseitigt sein wie die Serbiens und Montenegros, falls die Bundesgenossen diese Unabhängigkeit nicht wiederherstellen können. Demgegenüber sagen wir zu Deutschland, indem wir uns zu dem Prinzip bekennen, an dem alle, welche die Freiheit lieben, festhalten:

Wie den Nationen wahrer Freiheit,

nicht eine sogenannte Freiheit, die durch die preussische Tyrannei an diese unterworfenen Völker angeheftet wird.

Stelle das Unrecht wieder ab, soweit das möglich ist.“

Grey sagte weiter: „Der Grundsatz Englands bei der Annäherung in den letzten Jahren war es, sich gute Beziehungen zu verschaffen und allem Zwist mit andern Mächten ein Ende zu machen. Die Uebereinkunft mit Frankreich und Rußland beabsichtigte nichts Feindliches gegen Deutschland.“

In bezug auf die deutsche Behauptung, das einzige wirkliche Hindernis des Friedens sei England, erwiderte Grey: Niemand wünscht den Frieden mehr als wir. Aber wir wünschen einen Frieden, der Gerechtigkeit schafft und die Lösung vor dem Weltvölkerrecht wiederherstellt. Frankreich, Rußland, Italien brauchen keine Mühsamkeit, um im Kriege auszuhalten. Sie wissen, warum sie im Kriege stehen, nämlich, um alles, was ihrer Nation kostbar ist, zu erhalten. Dieses Wissen macht sie entschlossen und unbesiegbar. Es ist ganz unmöglich, unserer Bewunderung für die Heldentaten unserer Alliierten Ausdruck zu geben. So groß wie unsere Bewunderung ist, so groß wird auch unser Beitrag zur gemeinsamen Sache sein. Zwei Erklärungen gibt es, die aus deutschen Quellen kommen. Die eine geht dahin, daß wir die Alliierten hindern, Frieden zu schließen. Das richtet sich an die Adresse der Neutralen. Die andre geht dahin, daß wir einen Sonderfrieden mit Deutschland erwägen, und die Alliierten, unsere Alliierten präjudizieren. Das geht an die Adresse des einen oder

andern der Alliierten. Jede dieser Erklärungen ist durchaus unwahr.

Als der Vertreter des Waller fragte, ob Grey bemerkt habe, daß der Reichstagsler behauptet, daß England das gereinigte und freie Deutschland zu zerstören wünsche, erwiderte Grey: Wir waren niemals für eine solche Zerstörung eingenommen. Wir wünschen nichts Derartiges, und der Reichstagsler weiß, daß wir nichts Derartiges wünschen. Wir würden uns freuen, das deutsche Volk frei zu sehen, wie wir frei zu sein wünschen und wie wir auch wünschen, daß die andern Nationen in Europa frei in der Welt seien. Es gehört zu den Kausalgründen in der politischen Wissenschaft und wird auch von der Geschichte reichlich gelehrt, daß man die Seele eines Volkes durch auswärtigen Despotismus und Grausamkeit nicht töten kann. Wir trachten auch nicht, und in solche nutzlose Torheit einer andern Nation gegenüber einzutreten. Wir glauben, daß, wenn einmal die Träume von der Welt Herrschaft, die der Pangermanismus großgezogen hat, zunichte gemacht sind, das deutsche Volk darauf bestehen wird, seine Regierung zu beaufichtigen, und darin liegt die Hoffnung, die Freiheit und die nationale Unabhängigkeit Europas zu schaffen. Denn die deutsche Demokratie will keine Kriegspläne schmieden, wie der preussische Militarismus Kriege geschmiedet hat, die zu einem in der Zukunft gewählten Zeitpunkt stattfinden sollten. Wenn die Menschheit aus diesem Kriege nicht lernt, Kriege zu vermeiden, so wird der Kampf vergeblich gewesen sein.

„Außerdem scheint es mir“, sagte Grey, „daß dann die Drohung der Vernichtung über der Menschheit hängen wird. Die Deutschen öffnen jeder Angriffsart auf das menschliche Leben die Tür. Die Anwendung giftiger Gase oder dergleichen wurde vor vielen Jahren unserm Heer und unser Flotte empfohlen, aber sie lehnten sie als zu schrecklich für Kulturvölker ab. Die Deutschen kamen mit schwimmenden Minen, die auf offener See sowohl Kriegsschiffen als Neutralen Gefahr bringen. Sie kamen mit mordbringenden Zeppelinen, sie kamen mit U-Booten, vernichteten neutrale und kriegsführende Schiffe und Besatzungen, sie kamen über unschuldige Völker mit Invasion, Brandstiftung und Verfolgung; sie kamen mit giftigen Gasen und flüssigem Feuer. Alle ihre wissenschaftlichen Gaben wandten sie auf die Vernichtung von Menschenleben an und veranlaßten den allgemeinen Gebrauch dergleicher Dinge im Kriege. Wenn die Menschheit sich nicht gegen den Krieg vereinigen kann, wenn Kriege fortbauern müssen, dann können die Völker sich fortan nur durch die Anwendung aller Zerstörungsmittel verteidigen, die sie erfinden können, bis die Quellen und Erfindungen der Wissenschaft schließlich die Menschheit selbst vernichten, der sie dienen sollten. Die preussischen Behörden haben, wie man sagt, nur eine Auffassung des Friedens: ein eiserner Friede, der andern Völkern durch Deutschlands Obermacht auferlegt wird. Sie verstehen nicht, daß freie Männer und freie Völker lieber sterben, als sich dergleicher Ehrlichkeit unterwerfen, und daß der Krieg nicht enden kann, ehe diese Ehrlichkeit geschlagen und vertilgt ist.“

Vern 15. Mai. Bei einem Besuch in Nancy hat Poincaré eine Ansprache an die lothringischen Blüthlinge gehalten, in der er sie der Zuneigung von ganz Frankreich versicherte und Erfüllung der Wünsche der armen verlassenen Landeskinde nach Herstellung von Ruhe und Sicherheit in ihrer alten Heimat zusagte. Er sagte unter andern: Frankreich wird seine Schöne nicht den Gefahren neuer Angriffe aussetzen. Die Weltmächte suchten, gequält von Gewissensbissen wegen der Entfesselung dieses Krieges und entschuldigt über die Entzweiung und den Haß, den sie sich bei der ganzen Menschheit zugezogen haben, die Welt glauben zu machen, daß die Alliierten allein für die Verlängerung des Krieges verantwortlich sind; eine plumpe Ironie, die niemand täuschen kann. Weder direkt, noch indirekt haben unsre Feinde uns jemals Frieden angeboten. Aber wir wollen auch nicht, daß sie ihn uns anbieten, wir wollen, daß sie uns darum bitten. Wir wollen uns ihren Bedingungen nicht unterwerfen, wir wollen ihnen die unseren diktiert. Wir wollen keinen Frieden, der dem kaiserlichen Deutschland die Bestimmung darüber ließe, von neuem Krieg zu beginnen, was für ganz Europa eine dauernde Drohung bedeuten würde; wir wollen einen Frieden, der von dem wiederhergestellten Recht eine ernsthaftige Gewähr für das Gleichgewicht und seine Dauer empfängt. Solange dieser Friede nicht gesichert ist, solange unsre Gegner sich nicht für besiegt erklären, werden wir nicht aufhören zu kämpfen.

Nicht man die Quintessenz aus der Unterredung Sir Edward Greys mit dem Vertreter der Daily News, so ergibt sich das Resultat, daß England geneigt ist, Frieden zu schließen oder in Friedensverhandlungen einzutreten, wenn von den Zentralmächten die Notwendigkeit der Wiederherstellung Belgiens und Serbiens anerkannt und das Prinzip des Schwedenschiedsverfahrens aufgegeben wird. Alles andere ist Neiverl, nicht unwichtig für die Beurteilung der englischen Auffassung über Kriegsausbruch und Kriegsziele, aber es sind doch keine positiven Forderungen, an die sich die Vertreter der Regierungen halten müssen.

Sir Edward Grey hat sich mit seinen Ausführungen auf demselben Boden bewegt wie der englische Ministerpräsident in seiner letzten Rede. Auch er erklärt die Auffassung, daß England Deutschland vernichten wolle, für töricht. Grey erkennt auch, daß die innere Freiheit eines Volkes von diesem selbst errungen werden muß, daß sie ihm nicht von außen her gegeben werden kann. Alle solche Freiheiten sind nur Scheinfreiheiten; in Wirklichkeit liegen die durch einen andern Staat auf dem Wege der Okkupation „befreiten“ Nationen an mehr oder weniger blauen Ketten, von denen sie sich zu befreien wünschen müssen, sobald sie genügend innere Kraft gesammelt haben. Die Worte: „Wir glauben, daß das deutsche Volk, wenn einst die Träume von einem Weltreiche verfliegen sind, darauf bestehen wird, seine Regierung selbst zu leiten“, in Verbindung mit der Zurückweisung der Annahme, daß England Deutschland zerstören wolle, läßt deutlich erkennen, daß Sir Edward Grey jede Absicht der Unterdrückung oder Niederhaltung Deutschlands von sich weist. Wenn auch jeder einsichtige Politiker dieses angebliche Ziel nie ernst genommen hat, da seine Erreichung ein Ding der Unmöglichkeit sein würde, so ist es doch zu begriffen, daß auch der englische Minister des Auswärtigen ebenso wie Mr. Aquith es deutlich ausgesprochen hat. Die Tatsache wird vielen guten Bürgern in Deutschland, die sich noch immer vor den Unterdrückungsabsichten Englands ängstigen, endlich den Mut geben, die Dinge zu sehen wie sie tatsächlich sind; und auf der andern Seite

mitz sie den reaktionären Diktoren in England ein wenig den Mund stopfen.

Schließlich bleiben auch so noch Schmierigkeiten genug, die überwunden werden müssen, um zu einer friedlichen Verständigung zu gelangen; aber uns scheint, daß hier eine Grundlage geschaffen ist, auf der man aufbauen könnte. Jedes Land, jede Koalition von Staaten leidet ungeheuerlich unter der langen Dauer des Krieges.

Die englische Regierung hat ihre Bereitwilligkeit zum Frieden auf einer bestimmten Basis erklärt. Es ist Sache der deutschen Staatsmänner, zu antworten und wir hoffen, daß sie sich dabei nicht von den Einküsterungen derer lassen lassen, die in Angliederungen das Heil Deutschlands erblicken, sondern einzig und allein von dem Wunsche, dem leidenden Volke, der Menschheit bald den Frieden wiederzugeben.

Etwas weniger Friedensbereitschaft zeigt Poincaré. Aber er tut wenigstens so. Aber seine Rede ist von der Absicht, den lothringischen Willkürlichen Mut einzusprechen und wohl auch von der Rücksicht, den Rhein zu vermeiden, als ob die Lage vor Verdun die französische Regierung müde mache.

### Vom Tage.

Für die Beurteilung der inneren Politik Deutschlands ist die Art bemerkenswert, in der am Sonntag in der Budgetkommission des Reichstags die Beratungen über das Kapitalabfindungsgesetz und die Fragen der Zensur zu Ende geführt worden sind. Nach der Regierungsvorlage zur Kapitalabfindung soll die Weiterveräußerung und Belastung eines auf Grund der Kapitalabfindung erworbenen Grundstücks innerhalb einer von der obersten Militärverwaltungsbehörde bestimmten Frist nur mit deren Genehmigung zulässig sein.

Bei der Beratung über die Fragen der Zensur hatte Genosse Dittmann den Antrag gestellt, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Presse wiederhergestellt wird; gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde der Antrag abgelehnt. Nicht besser erging es einem fortschrittlichen Antrag, der die Übertragung der Zensur in nichtmilitärischen Angelegenheiten sowie die Auflösung aller Vereine und Versammlungen während des Belagerungszustandes auf die Zivilbehörden forderte.

Die amerikanische Antwort auf die deutsche Note hat in einem Teil der deutschen Presse nicht gerade das Gefühl der Befriedigung ausgelöst. Der Lokal-Anzeiger zwar, der sich in der Regel offizieller Quellen bedienen kann, hatte geschrieben, daß die Antwort unserer Erwartungen entsprochen habe. Die Post dagegen fand, daß Wilson einen politischen Erfolg erlangt habe, daß er in der Hauptsache erreicht habe, was er gefordert hatte.

Diese gefühlte Ausbeutung ist nicht Graf Reventlow in späteren Nummern des agrarischen Organs fort. Gegenüber der in einigen amerikanischen Blättern geäußerten Ansicht, daß durch den Notenwechsel die Grundlage für eine Friedensvermittlung gegeben sei, führt er aus, daß Deutschland die Vereinigten Staaten als Friedensvermittler ablehnen müsse.

stehenden Persönlichkeiten\* vielfach gebraucht worden sei: „Wir wollen den Frieden, denn wir müssen den Frieden!“ Das sagte heute genau ebenso. Und er könne nur hinzufügen: „Wir werden den Frieden, wenn wir wollen.“

Die Stellung des Grafen Reventlow und seiner einflussreichen Bestimmungsgenossen ist zu bekannt, als daß wir sie bei dieser Gelegenheit noch einmal erörtern oder darlegen müßten, worauf die oben wiedergegebenen Äußerungen abzielen. In der übrigen deutschen Presse wird angenommen, daß der Konflikt mit Amerika zwar noch nicht endgültig beigelegt, daß aber auf Grund des Notenwechsels eine befriedigende Lösung zu erreichen sei.

### Der Krieg zur See.

#### Eine österreichisch-ungarische Protestnote.

Das Ministerium des Reichens in Wien hat den am Wiener Hofe beurlaubten Vertretern der verbündeten und neutralen Staaten eine Note überreicht, worin gegen die Torpedierung feindlicher Schiffe durch feindliche Unterseeboote Protest erhoben wird.

Dieses der Navigation a Balore in Nagusa gehörige Schiff wurde am 9. Mai um 10,30 Uhr vormittags im Rarenta-Kanal zwischen Kap Georgio auf der Insel Pelina und Kap Gomera auf der Halbinsel Sabioncello von einem feindlichen Unterseeboot ohne jede vorherige Warnung durch zwei Torpedoschiffe vernichtet. Der erste Torpedo traf den Dampfer an der Steuerbordseite und hatte zur Folge, daß das Schiff rasch zu sinken begann.

Ein zweites Boot fuhr mit 18 Personen gegen das Land und nahm unterwegs zwei Schiffbrüchige auf. Die zur Hilfe herbeigeeilten Boote holten noch einige Personen aus dem Wasser. Auf dem Schiffe befanden sich im Augenblick der Torpedierung außer der Besatzung des Dampfers, die einschließlich des Kapitäns aus 19 Mann bestand, Passagiere in der gleichen Zahl, darunter zwei Priester und mehrere Frauen und Kinder.

#### Ein amerikanischer Protest gegen England.

Nach einer Meldung des Wolffschen Bureaus aus Washington bereitet die Regierung der Vereinigten Staaten einen Protest an England gegen dessen Politik vor, Verhüllungen von Hilfsmitteln des amerikanischen Roten Kreuzes, die für die Mittelmächte bestimmt sind, aufzuhalten.

#### Ein französisches Luftschiff ins Meer gestürzt.

Ein französisches Luftschiff ist an der Küste von Sardinien ins Meer gestürzt. Die aus sechs Mann bestehende Besatzung ist ertrunken.

### Die Lage auf der Balkanhalbinsel.

#### „Schritte“ der Allierten gegen Rumänien.

Petersburg, 15. Mai. (W. T. B.) Alle Petersburger Zeitungen haben eine Mitteilung aus dem Pressebureau des Ministeriums des Auswärtigen veröffentlicht, in der es heißt: Die Handelsverträge Rumaniens mit den Mittelmächten überschreiten, indem sie jenen einen Markt zur Beschaffung notwendiger Naturerzeugnisse eröffnen, offensichtlich den Rahmen rein kommerzieller Abmachungen; vielmehr hat das Abkommen Rumaniens mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn nach Auffassung unserer leitenden Kreise größere politische Bedeutung, obwohl die rumänische Regierung den Verbänden zu versichern sich bemüht, daß der Abschluß dieses Abkommens nicht als Zeichen für eine Aenderung der politischen Richtung der rumänischen Regierung angesehen werden darf.

#### Die serbischen Truppentransporte durch Griechenland.

Athen, 14. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Gesandtschaften der Ententemächte haben keine Verständigung empfangen, daß ihre Regierungen die Frage der serbischen Truppentransporte als abgeschlossen betrachten.

### Vom türkischen Krieg.

#### Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 14. Mai. Das Hauptquartier meldet: An der Front keine Veränderung. In der Kaukasusfront unbedeutender Feuerkampf in einigen Abschnitten. Keine wichtige Nachricht von den übrigen Fronten.

### Vermischte Kriegsnachrichten.

#### Die Kämpfe in Ostafrika.

Le Haere, 15. Mai. (W. T. B.) Der belgische Kolonialminister teilt eine Depesche mit, die besagt, daß die belgischen Truppen am 8. Mai Rigali, die Hauptstadt des Ruandagebietes, besetzt haben. Ebenso haben sie die Insel Kivijimi wieder besetzt, deren sich der Feind durch einen Rückzug bei Beginn der Feldzügen bemächtigt hatte.

Auch ein Kriegsschiff. Die Spielbank in Monte Carlo schließt zum erstenmal seit ihrem Erleben mit einem Verlust ab; er beträgt 62 Millionen Franc für das Jahr 1915.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Das Ergebnis der vierten Kriegsanleihe.

Wien, 15. Mai. (W. T. B.) Nach einer vorläufigen Schätzung erreichen die bisherigen Zeichnungen auf die vierte Kriegsanleihe ungefähr den gleichen Betrag wie bei der ersten Zahlung der Zeichnungen auf die dritte Kriegsanleihe. Aus verschiedenen Gründen habe der Finanzminister gehalten, daß die Zeichnungen noch bis einschließlich Dienstag, den 23. Mai, angenommen werden dürfen.

### China.

#### Die Revolution in Süd-China.

Berlin, 15. Mai. Die chinesische Gesandtschaft teilt über die Lage in China mit: Trozdem fünf Provinzen sich für unabhängig erklärt haben, steht es fest, daß die Kämpfe nicht fortdauern werden. Der Militärgouverneur von Nanking, Generalfeldmarschall Jung Kuo-Chang, der Militärgouverneur von Anhui, General Li Shih-shung, und der Generalinspektor der Streitkräfte im Yangtseki, Chang Hsin, haben gemeinsam den Präsidenten Yuan telegraphisch gebeten, auf seinem Posten zu verbleiben.

Kopenhagen, 14. Mai. Ruffische Blätter aus Peking über Chardun: Da die Unterhandlungsschrift zwischen Nord- und Südchinesen abgelaufen ist, erneuert die Revolutionäre ihre Kriegshandlungen in Kwantung. Verklärte belagern, während einer Ministerratssitzung sei Juanshikais Demission als notwendig erklärt worden. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe in Peking wurden außerordentliche Maßnahmen getroffen.

Kopenhagen, 14. Mai. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Tokio: Vom Mittelmeer eines hohen Generalstabsoffiziers in der Person trägt die von Anhängern Sunjatschins organisierte Revolution in Schantung keinen ernsten Charakter. Die Revolutionäre verstanden es nicht, die Sympathien der Bevölkerung zu erwerben. Dasselbe gilt auch von Revolutionären in der Mandchurie.

### Der deutsche Tagesbericht.

#### Großes Hauptquartier, 15. Mai. (W. T. B.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

In vielen Abschnitten der Front war die vorbereitete Artillerie- und Patrouillenartillerie lebhaft. Versuche des Gegners, unsere neu erworbene Stellung bei Sulz wieder zu nehmen, wurden, soweit sie nicht schon in unserem Artilleriefeuer zusammenbrachen, im Nahkampf erledigt. Im Kampfgebiete der Maas wurden Angriffe der Franzosen am Westhange des Laten Mannes und beim Callette-Walde mißglückt abgelehnt.

#### Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

#### Oberste Seeresatzung.

### Der österreichische Tagesbericht.

#### Wien, 15. Mai. Amtlich wird verlautbart:

#### Russischer und jüdischer Kriegsschauplatz Unverändert.

#### Italienischer Kriegsschauplatz

Gestern nachmittags entwickelten sich in mehreren Abschnitten lebhaft Artilleriekämpfe, die auch heute fortdauern. Nachts belagerten unsere Artillerie die Abwehrwerke bei Monsalcone, den Bahnhof von Cervignano und sonstige militärische Anlagen ausbleib mit Bomben. Alle Flugzeuge flogen unverändert zurück. Westlich von San Marino warf unsere Artillerie den Feind aus seinen vorgeschobenen Gräben und schlug mehrere Gegenangriffe ab. Vorkämpfer der Italiener nördlich des Monte St. Michele brachen zusammen. Die Stadt Gora stand abends unter Feuer. Auch nördlich des Tolmeiner Brückenkopfes drangen unsere Truppen mehrfach in die italienischen Gräben ein.

#### Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: von Hofer, Feldmarschallleutnant.

#### Ereignisse zur See.

Am 13. Mai nachmittags hat ein Geschwader von Seeflugzeugen militärische Anlagen von Salonik und der Insel Salona erfolgreich mit Bomben belegt und ist trotz sehr heftigen Abwehrgeschusses wohlbehalten eingetroffen.

#### Notizenkommando.

#### Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Georg Schumann, Leipzig.

#### Verantwortlich für den Inseratenteil:

Kug. Schumann, Leipzig.

#### Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

### ? Preissteigerung ?

Eine bekannte Textilzeitung schreibt: „Uebrigens beschäftigt sich die Herrenkonfektion nicht allein mit ihrer sonst gewohnten Aufgabe, Herrenkleider herzustellen, sondern es wird innerhalb des Geschäftszweiges auch ein starrer Tuchhandel betrieben. Man hat dabei recht gute Vermittler in den Vertretern der Tuchfabriken, die von ihren Häusern gar nicht oder mit ganz geringen Verkaufsaufträgen beauftragt werden und sich nun ihrer bisherigen Kundenschaft, der Herrenkonfektion, zur Vermittlung von Stoffverkäufen zur Verfügung stellen. Dabei kommt es öfter vor, daß einem Hause dieselbe Ware angeboten wird, die es vor Monaten selbst verkauft hatte. Im langen Verkauf hat sich nun der Preis verändert und mit Erstaunen übernimmt ihn der erste Verkäufer: „Wie hoch bist du gestiegen!“ (Die Textil-Woche Nr. 18, v. 3. 1915, S. 6.)

Vor beratigen Preissteigerungen ist unsere Kundenschaft geschützt, denn wir kaufen unsere Waren nicht von Zwischenhändlern, sondern direkt von den Stoff-Abrikanturen und verarbeiten die Ware selbst auf unseren Werkstätten und durch unsere eigenen Schneider. Daher erklärt sich auch, daß man bei uns noch

#### aufte Ware zu niedrigen Preisen

kaufen kann.

#### H. Hohenkamp & Co., Leipzig

Erstes Herren-Bekleidungshaus

Brühl 28-32, Ecke Reichstraße.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 16. Mai.

Geschichtskalender. 16. Mai 1788: Der Dichter Friedrich Rückert in Schwelmur geboren († 1866). 1805: Der Philanthrop und Pädagog Eberhard v. Mochow in Meckeln gestorben († 1734). 1823: Der Sprachforscher Neumann Steinthal zu Grabsitz l. Anh. geboren († 1890). 1846: Ausrufung des Kornzolls in England. 1915: Die Vereinigten Staaten überreichen in Berlin eine Note über die Verfertigung der Luftkugeln. Das Militärgericht des Ministeriums Salandra wird vom italienischen König abgelehnt. Italienisch-italienische Konferenz in Bologna.

Sonnenaufgang: 5,5. Sonnenuntergang: 8,43. Monduntergang: 3,48 vorm., Mondaufgang: 8,0 nachm.

Preisüberwachung.

Wer es vor dem Kriege gewagt hätte, besondere Einrichtungen zur Nachprüfung und Überwachung der Warenpreise zu fordern, den würde man für nicht ganz zurechnungsfähig gehalten haben. Jetzt hat der Krieg solche Einrichtungen gebracht. Sie mühten kommen, weil trotz aller Mahnungen und Warnungen der Bürger gar zu häufig in die Wille hoch. Nicht etwa, als ob früher keine Überverteilungen des Publikums, keine Übererwerbungen gewisser Waren, keine unantastbaren Manipulationen zu verzeichnen gewesen wären. Aber nie sind sie so rücksichtslos hervorgetreten, vor allem nie so empfindlich fühlbar geworden, als jetzt, wo das weinige vorhandene zusammengekommen werden und die große Masse der Bevölkerung Entbehrungen ertragen muß, vielleicht mit Ausnahme derjenigen, denen ihr Geldfach erlaubt, die fabelhaftesten Preise zu zahlen, die sich überreichlich mit Nahrungsmitteln versehen haben oder die aus irgendeiner Grunde den Zufall gegenüber die Augen verschließen. Es ist abscheulich, wenn jemand in solcher Zeit die Notlage der Allgemeinheit benützt, um für sich noch besondere ganz ungerechtfertigte Vorteile zu ziehen, um so absichtlicher aber, wenn man sich nach außen hin als Patriot ausweist. Andere zum „Durchhalten“ aufzufordern, selbst aber das bisherige Maß künstlich zurückhalten und übermäßig zu verteuern, das nennt man Gemeingefährlichkeit. Lange, viel zu lange kosteten die Behörden wirklich durch Ermahnungen den gewünschten Erfolg zu erzielen. Der Erfolg ist ausgeblieben, die Entlassung war um so größer und diejenigen haben recht behalten, die die Beschlagnahme aller notwendigen Lebensbedürfnisse für unbedingt erforderlich hielten. Nun sollen andre Mittel helfen. Es sind Preisprüfungsausschüsse gebildet worden, die prüfen sollen, ob gewisse Preise für gewisse Waren angemessen oder ob sie zu hoch sind. Aber auch durch diese Einrichtungen wird das Publikum nicht vor Überverteilungen geschützt, denn die Ausschüsse prüfen meist erst dann, wenn bestimmte Fälle vermeintlicher Übererwerbungen zu ihrer Kenntnis gebracht werden, also dann, wenn der Schaden bereits geschehen ist, der auch durch eine etwaige Verhaftung des Übertreters nicht wieder gutgemacht werden kann. Die Preisprüfungsausschüsse wirken viel zu wenig vorbeugend. Das letztere ist aber unbedingt erforderlich, wenn den Preis-treibern rechtzeitig auf die Finger geklopft werden soll. Nun glaubt man einen neuen und erfolgreicheren Weg durch die Bildung von Preisüberwachungs-ausschüssen gefunden zu haben. Einige solcher Ausschüsse, z. B. zur Überwachung der Fleisch- und Gemüsepreise sind bereits gebildet worden. Aber auch hier ist zunächst erst ein Fehlen und Fehlen, was von vornehmlich einen Erfolg verheißen könnte. Gewiß, diese Ausschüsse können schon, wenn auch nicht den Preiswucher beseitigen, so doch aber ihn eindämmen. Voraussetzung hierfür ist aber, daß sie nicht auf sich allein angewiesen sind, sondern mit den Konsumenten in engerer Verbindung stehen. Einige wenige Personen wird es ganz unmöglich sein, in ihrer meist in sehr beschränkter Weise zur Verfügung stehenden freien Zeit, die Preise der verschiedensten Waren in Hunderten über die ganze Stadt verstreuten Geschäften, bei Klein- und Großhändlern wie bei den Warenherzeugern dauernd zu überwachen. Sie bedürfen vielmehr der lebhaften Mithilfe des Publikums insofern, als sie von dem letzteren über anfechtbare Warenpreise und über andre damit in Verbindung stehende Erscheinungen aufmerksam gemacht werden. Dazu wäre freilich notwendig, daß der Rat von Zeit zu Zeit die Adressen der Mitglieder der Überwachungs-ausschüsse veröffentlichte. Man könnte in einer solchen Mitwirkung des Publikums eine Art Denunziation erblicken und hiergegen eine gewisse Scheu empfinden. Das gleiche aber gar zu fehlend sein und bedeutete eine ganz unbillige Maßnahme gegenüber den Preiswundern. Gegen diese Sorte Menschen, die so rücksichtslos an ihren Mitmenschen handeln, ist keinerlei Maßnahme am Platze. Im Gegenteil, es ist Pflicht jedes einzelnen Konsumenten und liegt im Interesse der Allgemeinheit, verdächtige Vorgänge sofort den zuständigen Stellen, nämlich den Überwachungs-ausschüssen zu melden. Es ist das ein Stück Selbsthilfe, die angewandt werden muß, nachdem bisher andre Mittel versagt haben. Allein die Tatsache, daß sich das Publikum an der Überwachung der Warenpreise beteiligt und daß die Ausschüsse die Prüfung der Verkäufer vom Klein- bis zum Großhändler und selbst bis zum Erzeuger der Waren ausdehnen, daß sie von ihrer Befugnis, Zutritt zu den gewerblichen Räumen zu verlangen, Gebrauch machen und wenn nötig, rücksichtslos Anzeige erstatten, dürfte in vielen Fällen von einem hebschäftigen Preiswucher zurückgehalten. Auch damit selber nicht oder nicht rechtzeitig genug alle Preiswunderfälle verhindert werden. Aber der angebotene Weg scheint immerhin zu einem Versuch sehr geeignet.

Beschlagnahme und Bestandserhebung von Lumpen und neuen Stoffabfällen.

Am 16. Mai 1916 ist eine Bekanntmachung für Sachsen, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Lumpen und neuen Stoffabfällen aller Art in Kraft getreten. Durch sie sind sämtliche vorhandenen und weiter anfallenden Lumpen (auch karbonisierte) und neue Stoffabfälle, die aus tierischen oder pflanzlichen Spinnstoffen oder deren Mischungen bestehen, beschlagnahmt. Angenommen sind lediglich die Lumpen und Stoffabfälle in Privathandhaltungen und die nach dem 1. Mai 1916 aus dem Ausland eingeführten. Trotz der Beschlagnahme ist jedoch die Veräußerung und Lieferung der beschlaggenommenen Gegenstände erlaubt, sofern sie nicht an einen Verarbeiter der Gegenstände geschieht. Erreichen die beschlaggenommenen Gegenstände eines Eigentümers eine Menge von 10 000 Kilogramm, so ist die Veräußerung nur noch an einen der von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung beauftragten Sortierbetriebe zulässig, deren Namen in den amtlichen Mänteln veröffentlicht sind. Erreichen die beschlaggenommenen Gegenstände jedoch die Menge von 50 000 Kilogramm, so ist der Verkauf nur noch an die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft oder an die Aktiengesellschaft zur Verwertung von Stoffabfällen zulässig. Beide Gesellschaften haben zur Bewirtschaftung der Lumpen eine Lumpenverwertungs-gesellschaft gebildet. An Verarbeiter dürfen die beschlaggenommenen Gegenstände ausschließlich von der Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft, Berlin oder der Aktiengesellschaft zur Verwertung von Stoffabfällen, Berlin, veräußert oder geliefert werden.

Eine weitere Verarbeitend der beschlaggenommenen Gegenstände ist im allgemeinen nur insoweit zulässig, als sie sich bereits bei Ausstrickern der Bekanntmachung im Vorbereitungsverfahren befinden. Im übrigen ist die Verarbeitung in bestimmten einzelnen Fällen erlaubt. So dürfen Betriebe, die Lumpen oder Stoffabfälle zu Spinnstoffen verarbeiten, 10 v. H. der bei Ausstrickern der Bekanntmachung vorhandenen Bestände, in keinem Falle jedoch mehr

als 10 000 Kilogramm, Seilerseilen und Seilfabriken die bei der Seilerwarenherstellung anfallenden Abfallstoffe verarbeiten; auch die übrigen Lumpen oder Stoffabfälle verarbeitenden Betriebe, Papier-, Pappfabriken usw. dürfen bestimmte Mengen verwenden. Eine monatliche Meldepflicht der beschlaggenommenen Gegenstände und die Verpflichtung zu einer Papiereinführung ist für alle Personen usw. angeordnet, die eine Gesamtmenge von mindestens 5000 Kilogramm der betreffenden Gegenstände besitzen. Zu beachten ist insbesondere, daß trotz der Beschlagnahme das Sortieren der Lumpen und Stoffabfälle erlaubt und erwünscht ist.

Gleichzeitig ist am 16. Mai 1916 eine zweite Bekanntmachung erschienen, durch die Höchstpreise für Lumpen und neue Stoffabfälle aller Art festgelegt werden. Hiernach dürfen die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft, Berlin und die Aktiengesellschaft zur Verwertung von Stoffabfällen, Berlin, keine höheren Preise zahlen, als die in der der Bekanntmachung beigefügten Preistabelle für die einzelnen Sorten von Lumpen und Stoffabfällen bestimmten sind. Da die festgesetzten Höchstpreise diejenigen Preise sind, die von den beiden Gesellschaften höchstens bezahlt werden dürfen, so muß beachtet werden, daß die übrigen erlaubten Veräußerungsgeschäfte über Lumpen und neue Stoffabfälle zu einem entprechend niedrigeren Preise vorgenommen werden müssen. Ebenso gelten die festgesetzten Preise lediglich für die in der Preistabelle bezeichneten Sortimente bester Qualität, so daß für geringere Waren ein entsprechend niedrigerer Preis gezahlt wird.

Neue Bekanntmachungen!

Der Rat wendet sich in einer Bekanntmachung gegen die in der Stadt verbreiteten Gerüchte, nach denen große Mengen von Getreide, Fleisch und Kartoffeln verbrannt seien und vernichtet worden wären. An diesen Gerüchten sei kein wahres Wort.

Die Eierhändler, die von der Eierzentrale beschaffen, G. m. b. H., Eier beziehen, sind verpflichtet, Schilder mit dem Aufdruck „Eierpreis je Stück 21 Pf.“ so anzuhängen, daß sie von der Straße aus deutlich gesehen werden können.

Unser Redaktionskollege Schumann ist heute morgen von einem Kriminalbeamten aus seiner Wohnung zur „Vernehmung“ auf das Polizeiamt geholt worden. In Mittag wurde er wieder freigelassen. Unser Schumann waren die Genossen Vorkauf, Vorkauf und die Genossin Werther ebenfalls auf das Polizeiamt geholt worden. Es soll sich um ein Flugblatt zur Weisheit handeln.

Die Anrechnung der Fleischvorräte von Selbstverforgern, das sind Personen, die Mäuler, Kälber, Schweine, Schafe, Ziegen für den Bedarf der eigenen Wirtschaft und des Haushalts aufzuzüchten, oder mindestens 6 Wochen gemästet und dann geschlachtet haben, ist wie nachstehend geordnet worden: Selbstverforger, die nach dem § 14 der Ministerialverordnung vom 3. April 1916 Fleischmarken erhalten, sind hinsichtlich der Anrechnung der Fleischvorräte den andern Fleischmarkeninhabern gleichzustellen. Es greift deshalb auch für die Selbstverforger die Bekanntmachung des Rates der Stadt Leipzig über die Anrechnung der Fleischvorräte von Haushaltungen, erlassen unter dem 18. April 1916, Platz. Es sind von Selbstverforgern zurückzugeben: Von den über 6 Jahre alten Personen angezeigten Fleischmarken 1. bei einem Fleischvorrat von mehr als 3 bis einschließlich 4 Pfund auf den Kopf 4 Fleischmarken im Nennwert von je 125 Gramm; 2. bei einem Fleischvorrat von mehr als 4 bis einschließlich 5 Pfund auf den Kopf 5 Fleischmarken im Nennwert von je 125 Gramm; 3. bei einem Fleischvorrat von mehr als 5 bis einschließlich 6 Pfund auf den Kopf 6 Fleischmarken im Nennwert von je 125 Gramm; von den Kindern bis zum vollendeten 6. Lebensjahre angezeigten Fleischmarken: 1. bei einem Fleischvorrat von mehr als 3 bis einschließlich 4 Pfund auf den Kopf 2 Fleischmarken; 2. bei einem Fleischvorrat von mehr als 4 bis einschließlich 5 Pfund auf den Kopf 4 Fleischmarken; 3. bei einem Fleischvorrat von mehr als 5 bis einschließlich 6 Pfund auf den Kopf 6 Fleischmarken im Nennwert von je 125 Gramm. Die weitere Anrechnung von Vorräten kann auf Antrag des Haushaltungsvorstandes auf den Zeitraum der späteren Fleischmarken zurückgeführt werden. — Wer Fleisch jeder Art — auch Wild — von auswärts bezieht, aber im Besitz von Fleischmarken für Leipzig ist, hat für das von auswärts bezogene Fleisch die entsprechende Gewichtsmenge in Fleischmarken mit den erforderlichen genauen Angaben an das Kriegsernährungsamt, Neues Rathaus, 2. Obergeschoss, Zimmer 461, zurückzugeben.

Ueber die Benutzung der Zunderkarten bestehen in der Leipziger Bevölkerung noch mancherlei Unklarheiten. Zur Klärung sei deshalb über die Benutzung der Zunderkarten das Folgende gesagt: Die Zunderkarte besteht aus zwei Teilen: der eigentlichen Zunderausweisarte und dem anhängenden Bezugsausweis. Der Verbraucher bezieht sich mit der Karte zunächst zu dem Händler, von dem er während der ganzen Dauer der Kartengültigkeit seinen Zunder beziehen will. Unter Vorlegung der Zunderkarte meldet er bei dem gewählten Lieferanten seinen Zunderbedarf an. Der Händler versieht nach Annahme der Bezugsausweisarte zur Verfertigung des Bezugsausweises und die Zunderkarte mit seinem Firmenstempel, trennt dann den Bezugsausweis ab, nimmt ihn in Verwahrung und kann nunmehr dem Verbraucher Zunder abgeben und zwar soweit, als er zu entnehmen berechtigt ist. Auf den Kopf entfallen auf den Zeitabschnitt vom 7. Mai bis 31. Juli insgesamt 5 Pfund Zunder, die sich auf fünf Perioden verteilen, die auf fünf Abschnitte aufgeteilt sind, lautet wie folgt: 7. Mai — 31. Mai, 1.—15. Juni, 16.—30. Juni, 1.—15. Juli, 16.—31. Juli. Auf jeden der fünf Abschnitte kann auf den Kopf je ein Pfund Zunder entnommen werden. Auf Karten für vier zu einem gemeinsamen Haushalt gehörende Verbraucher entfallen auf jeden Abschnitt vier Pfund. Die vorgebrachten Gültigkeitsdaten der Abschnitte sind bei der Zunderentnahme genau einzuhalten. Die Zunderkarte ist beim Einkauf stets im ganzen vorzulegen und nur der Verkäufer darf den Abschnitt abtrennen. Die erhaltenen Bezugsausweise übergibt der Händler dem Großhändler, der sie bekanntlich an die Zunderverteilungsstelle für Sachsen in Dresden weitergibt. Auf Grund der Bezugsausweise erhält der Händler vom Großhändler die gewünschten Zundermengen, während dem Großhändler durch die Zunderverteilungsstelle in Dresden Bezugsausweise der Reichs-Zunderstelle in Berlin anzureichen werden. Gegen Rücksicht der letzteren liefern die Raffinerien dem Großhändler den verlangten Zunder. Für das ganze Reich sind die Zunderkarten nach einem einheitlichen Muster hergestellt worden und zwar in der Ausgabe für den einzelnen Verbraucher in roter Farbe, in der Ausgabe für 4 zu einem Haushalt gehörende Verbraucher in gelber Farbe. Die Höchstpreise für die verschiedenen Zunderarten sind inzwischen bekanntgegeben worden.

Die Stadtverordnetenversammlung, die morgen (Mittwoch) abend im Neuen Rathaus abgehalten wird, hat an sich keine große Tagesordnung zu erledigen; indes ist es wahrscheinlich, daß sich die Stadtverordneten auch mit der gegenwärtigen Lebensmittelversorgung beschäftigen werden. Für die Speisung bedürftiger Schulkinder soll ein weiterer Betrag bewilligt werden. Der Betriebsauschuss wird über die Bewilligung von Berechnungsgeld zur Herstellung von Hausanschüssen und zur Beschaffung von Zählern für die Elektrizitätszähler berichten.

Zendungen an deutsche Kriegsgefangene. Am Anschluß und angegliedert an die Nachrichtenstelle für Berlin im Felde, Aus-

kunftsstelle vom Hotel Arena, Leipzig, hat der Verein zur Arbeitsbeschaffung für Bedürftige eine Verpackungsstelle für Sendungen an deutsche Kriegsgefangene in seiner Geschäftsstelle, Neumarkt 9 (Zell, Kaulhaus), Treppe 1, Zimmer 22, gegründet. Die Verpackungsstelle erfreut sich lebhaften Zuspruchs aus allen Kreisen. Besonders zahlreiche Sendungen wurden nach russischen Gefangenenlagern aufgegeben. Sie werden von Damen, die der russischen Sprache vollständig mächtig sind, verschriftmäßig verpackt und — nach Verfertigung der meist fehlerhaften Adressen — mit der zutreffenden Aufschrift versehen. Auch Sendungen werden unter Umwidmung nach dem neuesten Kurs beizubehalten. Die Verpackungsstelle ist Mittwochs und Sonnabends, normiertags von 10—12 Uhr, geöffnet.

Zahmengenfangene. Das Leipziger Hotel Arena, Kaulhaus für Kriegsgefangene, Frankfurt a. M., Zeit 114, bildet die Angehörigen aller sogenannten Zahmengen-Gefangenen, die bis vor kurzem unter Polizeiperre standen, um umgehende Nachrichten, sobald Briefe oder Postkarten von ihnen eingetroffen sind. Die Angabe der Lager, aus denen sie geschrieben haben, ist notwendig.

Zur Verberkung. Der Sächsische Schuhmacher-Arbeitsverband hat an die Kriegsministerien die Eingabe gerichtet, in der u. a. um eine Verordnung gegen hohe Damenstiefel und hohe Abfälle gebeten wird. In der darauf eingelaufenen Antwort ist nach dem Schuhmarkt folgende Stelle enthalten: „Zur Streckung der Schuhvorräte ist, der Petition entsprechend, bereits bei dem Reichsamt des Innern der Erlaß eines allgemeinen Verbots hoher Stiefel und hoher Abfälle bei Fußschuhwaren angeordnet worden.“

Neue Zentralstellen für Ausfuhrbewilligungen. Durch Verfügung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung vom 5. Mai 1916 ist im Einverständnis mit den beteiligten Kreisen 1. eine Zentralstelle der Ausfuhrbewilligungen für Seidenstoffe, Damaststoffe, Schürzen, Unterröcke, Mieder, Mäntel, Reihwaren und Kinderkleider ohne Rücksicht auf den Stoff unter der Bezeichnung Zentralstelle für die Wäschewirtschaft und verwandte Gewerbe errichtet und als Vertriebsmann Herr Generalsekretär Dr. Hanso Heimann, Charlottenburg 2, Hardenbergstraße 21; 2. eine Zentralstelle für Ausfuhrbewilligungen von Oberbekleidung für Frauen und Mädchen und von Futuwaren und sonstigen genähten Gegenständen aus Wolle, Baumwolle und aus andern pflanzlichen Spinnstoffen (Lachs, Haas, Ante, Mantelhaas, Manie usw.) mit Ausnahme der Reihwaren unter der Bezeichnung Zentralstelle für weibliche Oberbekleidung errichtet und als Vertriebsmann Herr Syndikus Albert Willner, Berlin W 50, Raupstraße 29, 111, bestellt worden.

Anträge auf Ausfuhrbewilligungen für die erwähnten Gegenstände sind künftig unmittelbar an die vorgenannten Stellen zu richten.

Ueber Ausfuhrverbote. Die türkische Regierung hat die freie Ausfuhr des Tabaks erlaubt.

Wartung, Jugendvereine! Die Veranstaltungen der Jugendvereine im Stadtbezirk beginnen die 8. Woche abends 8 Uhr und werden 10 Uhr geschlossen. Weiteres wird später bekanntgegeben.

Polizeinachtichten.

Ein junger Eindrehler.

Kurzer Genuß seiner Tat hatte der Eindrehler, der am Sonntag früh bei einem Geschäftsinhaber durch Einbruch eine Kasse mit 20 000 Mk. Inhalt gestohlen hatte. Der Dieb ist am Sonntagmittag gegen 3 Uhr auf dem Mansfelder Steinweg verhaftet worden. Ein Teil der mitgestohlenen Wertpapiere, bei deren Verwertung der Dieb offenbar seine Unbedeutung bestrich, waren gestern in einem Hause der Jägerstraße in L. Plagwitz mit der gestohlenen Kasse aufgefunden worden. Der Dieb hatte nur den etwa 800 Mk. betragenden Bargeldbetrag bei sich behalten. Etwa 20 Rente wurden in der Nacht vom Sonntag zum Montag auf seine Spure gebracht, und es gelang auch, festzustellen, daß ein junger Mensch in Münsterlofen in auffälliger Weise aufgetreten war. Sämtliche Kaffeehäuser und Hotels waren inzwischen in Kenntnis gesetzt worden, und mit Hilfe einiger Hotelbesitzer wurde der junge Versteckter schließlich verhaftet. Er wurde festgehalten, daß er Telegramme nach Hamburg aufgegeben hatte, auf die er Antwort erwartete. Er hat sich jedoch nicht getraut, in das Hotel zurückzukehren, und deshalb durch telefonische Anfrage im Hotel festzustellen versucht, ob Antwort aus Hamburg eingegangen sei. Er hatte hinterlassen, daß das Antworttelegramm nach einem Abzweigen im Wesen der Stadt beizubehalten werden sollte. Von da aus hat er wieder ein Geschäft in Mansfelder Steinweg begehrt, vor dem seine Festnahme erfolgte. Das Verstecken hatte die Nacht in Frauengemeinschaft verbracht und dabei einige hundert Mark ausgegeben. Vorher hatte er sich in hiesigen Geschäften vollkommen neu eingekleidet und eine goldene Uhr mit Kette und einige Brillantringe im Werte von mehreren hundert Mark gekauft.

Die Verhaftung eines dreifachen Schatzkündlers. In Leipzig und in einigen andern Großstädten sind in letzter Zeit mehrere Wobehändler das Opfer eines gewissen Gainers geworden, der sich unter der Maske eines Affektors und anderer Titelbezeichnungen verbergte. Der gewandte Betrüger, ein 37jähriger Kaufmann, schloß Wobehändlerverträge mit seinen Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die Wobehändler, sondern nur auf die Erlangung von Geld abgesehen. Das Scheckbuch hatte er von einem ansehnlichen Kriegsbediensteten mit seinem Opfern ab und zahlte mit einem Scheck, der auf einen höheren Betrag lautete als die Kaufsumme betrug. Am Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Scheckgebers zahlten fast in allen Fällen die Wobehändler den Differenzbetrag in Bar an den Käufer heraus. Bei Einföhrung der Schecks ergab sich, daß diese gefälscht waren. Der junge Betrüger hatte es also in diesen Fällen nicht auf die W

Ein reichhaltiger Parfüm. Der Kriminalpolizei war zur Kenntnis gekommen, daß sich in einem neidischen Vororte der Stadt ein Schmuggler anstellt, der seinen Geschäftsbetrieb in Künster 1. Bezirk, bei dem er als Kaufmannslehrling in Stellung gewesen war, mit 1000 Mk. Dreibahnbillette und einer annähernd gleich hohen Summe einlässlicher Bieder durchgebrannt war. Es gelang, ihn gestern in der Wohnung seines Freundes zu verhaften. Seine Absicht, sich seiner Verhaftung durch Erschießen mit einem Revolver zu entziehen, wurde von dem Kriminalbeamten im letzten Augenblicke erkannt und vereitelt. Einen großen Teil seiner Beute sollte er in ganz kurzer Zeit mit „besseren Damen“ und in anderer leistungsfähiger Gesellschaft verpraßt.

Ein wertvolles Gepäckstück verschwunden. Aus dem Eisenbahnzuge, der am 12. d. M. 7.25 von Dresden nach Leipzig abging, ist eine braungelbe, rindlederene Reisetasche mit einem Inhalt im Werte von mindestens 3000 Mk. abhanden gekommen. Das Gepäckstück barg folgendes: 1 Pantalon mit 1500 und ein Sparzoffenbuch der Dresdener Sparkasse mit 83 Mk. Einlage, 1 goldenes Armband, 1 goldenes Ring, 1 goldene Brosche, jedes Schmuckstück mit einem Zirkel und einem Brillanten besetzt, 1 goldenes Armband, mit zwei Perlen und 1 Rubin besetzt, 1 goldenes Ring mit 1 Rubin und Brillanten, 1 silberne Brosche (Engelskopf) mit 3 silbernen Ketten, alles in einem weichen Etui; ferner eine goldene Uhr mit Pulverzähler, auf dem Rückdeckel mit der Gravierung W. B., nebst einer massig goldenen Kringelkette in rotbraunem Etui, 1 Paar goldene ovale Manchettenknöpfe mit blauen Steinen und verschiedene Toilettenartikel. Die Kriminalpolizei ersucht um Nachricht, falls hier etwas über den Verbleib der wertvollen Sachen bekannt werden sollte.

Ueberfahren. Am Georgitrag wurde am Montagnachmittag ein 70jähriger Invalid von einem zweispännigen Gidtrandportgeschirre überfahren. Da der bedauerlicherweise Mann neben zwei Unterschenkelbrüchen noch eine Gehirnerschütterung erlitten hat, mußte nach Auflegung von Notverbanden für seine sofortige Ueberführung ins Krankenhaus gesorgt werden.

## Deutschland.

### Vortrittliches zum Falle Liebknecht.

Soweit man bisher übersehen kann, hat nur eine einzige größere kriegszeitliche Zeitung, das Berliner Tageblatt, die Abschlüsse der Parteien zum Liebknecht nicht abgelehnt. In der Monatsausgabe des Monats meint dessen Chefredakteur Theodor Wolff, daß die Verurteilung der Liberalen an dem absehbaren Beschluß ihnen noch schwerer auf dem Herzen liegen werde. Die Verurteilung des Bundestages der Unantastbarkeit des Reichstages sei doch keine Bagatel, sondern eine ungemessene und unangelegentlich. Das Prinzip der Immunität, so heißt es dann weiter, „trifft zu den sehr wenigen Garantien gegen einen gewaltthätigen Machtmissbrauch und unter solchen Umständen dürfte man es preliegen, fast so wenig wie je. Und es ist unerfindlich, warum gerade die Linke, während die Rechte und das Zentrum bescheiden zusehen, so betätigungsstark in den Vordergrund trat. Ganz richtig! Verwirrt, Verwirrt, Verwirrt! Herr und Müller-Münchinger laut. Das ist eine etwas reichliche Verurteilung besser Mannes, kann man heute mit Bestimmtheit voraussagen, wie sich nach dem Falle alles gestalten wird? Wer sich nicht verstellen lassen will, blickt sich vor dem ersten Schritt.“

Der dreißigste Jahrgang ist diese Kritik unangenehm und sie unternimmt in der Nummer vom Dienstag den Versuch einer Rechtfertigung. Das Blatt sagt, daß der Reichstag in jedem einzelnen Punkt zu prüfen habe, ob er die Abschlüsse eines Abgeordneten verlangen solle. Wenn der Reichstag von diesem Recht wiederum keinen Gebrauch gemacht habe, so sei es absurd, ihm eine Verurteilung des Immunitätsrechts zum Vorwurf zu machen. Das Blatt verurteilt dann auf eine Scrupulösität des Gewissen Haase, wonach der Reichstag von seinem Brauch wohl absehen könne, wenn es sich um ein gemeines, schweres Verbrechen handle.

Uns scheint es besonders bemerkenswert, daß das offizielle Organ der Fortschrittler die angeblichen Verbrechen Liebknechts unter die Rubrik des „gemeinen, schweren Verbrechens“ stellt. Wir geben den Liberalen zu bedenken, daß man auch die schon als Reichstagsmitglied behandelte hat, und daß man sich morgen als die herrliche Tat eines glühenden Patrioten anerkannt werden kann, was heute noch als schmerzlicher Landesverrat gilt. Die politische Geschichte aller Zeiten ist unzählige Beispiele dafür. Jede sich liberal nennende Partei müßte sich also auf solche Anklagen fassen, die die Volkswirtschaft in den Dienst der Verfolgung politischer Zwecke zu stellen.

Die dreißigste Jahrgang gibt als Erklärung dafür, daß die Fortschrittler gegenüber Liebknecht so betätigungsstark in den Vordergrund getreten seien, an, daß die Reaktion der Fortschrittlichen Volkspartei am meisten unter dem Verbrechen Liebknechts zu leiden gehabt hat, da sie der Plan Liebknechts unmittelbar neben den Häufen der Fortschrittlichen Volkspartei befindet und deren Mitglieder also in der wenig bewundernswürdigen Lage waren, die Mitglieder dieser Parteien aus ihrer Hand zu gewinnen. Das ist immerhin auch eine Entschuldigung. Nur wird man sagen müssen, daß die Verurteilung der politischen Haltung durch eine persönliche Meinung gerade kein Auszeichen liberaler Parteilichkeit ist.

### Die Konferenz der Finanzminister.

Berlin, 16. Mai. Die Beratungen der Finanzminister der deutschen Bundesstaaten, die unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Reichsministeriums im Bundesrat des Reichstagsgebäudes stattfanden, sind, wie der Volksanzeiger hört, noch nicht abgeschlossen. Die sollen jedoch noch heute wenigstens gefördert werden, daß man mit den Führern der Reichstagsopposition die Verhandlungen eröffnen kann. Der Volksanzeiger bringt folgende Notizen der Konferenzen einer ganzen Anzahl wichtiger Fragen, hauptsächlich Steuerfragen, insbesondere dem Müller-Kulmbacher Vorstoß des Reichsfinanzministeriums.

### Der bayerische Bauernverein über die Lebensmittelpolitik.

Der christliche bayerische Bauernverein hielt am 10. Mai in München in Anwesenheit von etwa 10 Abgeordneten und Bauernvertretern aus ganz Bayern eine Gesamtversammlung ab, in der Dr. H. v. d. H. in das Referat ergriffen. Er nahm in kürzlicher Weise gegen die einzelnen Maßnahmen in der Lebensmittelversorgung Stellung, und betonte insbesondere, daß alle Maßnahmen zu spät gekommen seien. Es wurde schließlich eine Entschließung angenommen, die unter anderem folgendes verlangt: Den bisherigen Verkehr mit Brot, Getreide und Mehl für das nächste Jahr beizubehalten; den Einfuhr von Körnerfrüchten und Futtermitteln wie sonstigen Lebensmitteln im Auslande für die ersten sechs Monate zu verbieten; eine Höchstpreispolitik für die ganze Verbrauchsperiode mit unabweislicher Grenze nach oben; dauernde Beilegung der Mißstände im Brotgetreideverkehr; Erhöhung der Produktion in der Getreidekultur; Erhöhung der Kartoffelproduktion; Verbot der Einfuhr von Futter und Mehl aus Bayern; Regelung der Hilfsfondsbeiträge ganz nach Art der Getreideerzeugung; ausreichende Veranlagung von Mannschaften für die Ernte.

### Entlassung kriegsuntauglicher Mannschaften.

Das Armeeverordnungsblatt veröffentlicht folgenden Erlaß: „Mannschaften, deren Kriegsunbrauchbarkeit mit oder ohne Verurteilung festgestellt, sind nicht länger als unbedingt erforderlich im Dienst zurückzuführen und mittels eines beschleunigten Verfahrens seitens des stellvertretenden Generalkommandos zu entlassen. Zur Vermeldung von Verurteilungen der Entlassung ist es geboten, daß sämtliche beteiligte Dienststellen so frühzeitig wie möglich alle Unterlagen beschaffen, die für die Beurteilung Kriegsunbrauchbarkeit und der etwaigen Verurteilung erforderlich sind. Diese Unterlagen sind umgehend dem von der Kriegstruppenteil zugehörigen, der ebenfalls für die ge Beseitigung aller für die Beteiligung der Kriegs-

unbrauchbarkeit usw. in Betracht kommenden Unterlagen Sorge zu tragen. Die verlässige Entlassung darf nicht etwa wegen Fehlens der Militärpapiere verzögert werden. In diesem Falle ist den zu Entlassenden ein vorläufiger Ausweis zu erteilen, der später durch den Militär-nm-Paß zu ersetzen ist.“

### Gegen den Sparzwang.

Die Verurteilung einiger kommandierender Generale, wonach an Jugendliche nur noch ein Teil des von ihnen verdienten Soldes ausbezahlt werden darf, während der Rest einer Sperre überwieft werden muß, hat sich als wenig angebracht erwiesen, daß die Verurteilung dieser rechtlich überhaupt nicht zu begründenden Maßnahme unbedingt nötig erscheint. Die sozialdemokratische Fraktion hat daher in der Budgetkommission folgende Resolution eingebracht: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die von einigen stellvertretenden Generalkommandos erlassenen Verordnungen, betreffend den Sparzwang für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen aufgehoben werden.“

### Die Unterstützung der Kriegerfrauen.

Darüber besteht kein Zweifel, daß die Unterstützungen der Kriegerfamilien bei der jetzigen Teuerung in keiner Weise mehr ausreichen. Die Sozialdemokraten haben deshalb zum Etat des Reichshauses des Jahres den Antrag gestellt: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den Bundesregierungen dahin zu wirken, daß zum Zwecke einer ausdehnenden Unterstützung der Familien in den Herodesländern eingetretener Mannschaften in den Kleinstenverbänden und Gemeinden Bedarfsfälle festgestellt werden, die so bemessen sind, daß die Kriegerfamilien unter Verlässlichmachung der herrschenden Teuerung die zur Ernährung, Bekleidung und Wohnung erforderliche Unterstützung gesichert wird und von diesen Bedarfsfällen nur abgewichen werden soll, wenn besondere Gründe dafür geltend gemacht werden können. Der bisher schon für Unterstützung der Kriegerfamilien an die Bundesstaaten gewährte Reichszuschuß ist entsprechend zu erhöhen.“

### Österrische Zukunftsvorbereitungen.

In Königsberg ist ein „Institut für österrische Wirtschaft“ gegründet worden. Vorsitzender ist der Oberpräsident, die Leitung liegt in den Händen von fünf Professoren. Es ist beabsichtigt, an dem Institut Berater der Provinz, des Städteausschusses, der Landwirtschaft, der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie und des Handwerks zu betätigen. Die erforderlichen Mittel sollen durch erhebliche einmalige Zuwendungen und durch jährliche Beiträge der Selbstverwaltungskörper der Provinz gesichert werden. Das neue Institut hat u. a. die Aufgabe, die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu untersuchen, die aus der Aufrückführung der neuen Gebiete zu ergeben. Gewissermaßen zur Nachprüfung der neuen Gründung wird von österrischen Vätern geschrieben: „Sprengen wird von einer Seite von der See begrenzt und im Osten und Süden bis jetzt von einer russischen Zollmauer. Es besteht für die Provinz, um nach dem Westen des Reiches zu kommen, nur ein schmaler Zugang nach der Provinz Westpreußen. Es ist damit zu rechnen, daß nach dem Kriege diese letzte Ursache des wirtschaftlichen Zurückbleibens sich ändert und daß die Grenze nach Osten hinausgeschoben wird und neue Gebiete der deutschen Volkswirtschaft dienstbar gemacht werden. Damit bietet sich die Gelegenheit, das ganze Wirtschaftsleben des Ostens zu beleben. Wenn die Provinz Preußen wegen der Nähe der feindlichen Grenze und wegen des wirtschaftspolitischen Anschlusses von ihrem natürlichen Hinterlande ökonomisch zurückgefallen ist, dann muß, sobald diese Grenzen fallen, alles ausgebaut werden, das Vermögen nachzugeben. Um diese Aufgabe zu lösen, ist das Institut für österrische Wirtschaft gegründet worden.“

Das Verbot der Wollfabrik mit Del ist durch eine Verordnung des Bundesrats vom 1. Mai verboten worden. Der Reichsanwalt für Del und Kette teilt dazu unter anderem mit: „Bereits vorher war in den meisten Bezirken Deutschlands ein Verbot der Wollfabrik mit Del nicht mehr möglich. Die Trennung untereinander und auch vom Packdel erfolgte meist mit sogenanntem Stroh, das in Deutschland von den verschiedenen Fabriken in einwandfreier Qualität in den Handel gebracht wurde. Die sämtlichen Militär- und Marinebehörden haben schon seit Kriegsbeginn die Verwendung von Del und Feilen zum Verstreichen der Wollfabrik verboten. Nach der neuen Gesetzgebung dürfen die Wollfabrik, die in der bisherigen Weise gebacken waren, nicht mehr hergestellt und verladen.“

Verleumdung im Prozeß der Witwe Hermann. Am 27. September 1910 war bei den Staatsanwälten in Raabitz der schon bejahrte Arbeiter Hermann durch den Adelich eines Schugmanns getroffen worden und gestorben. Da sich Hermann an den Unfällen nicht beteiligt hatte, fragte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld für die Witwe die Klage an Schadenersatz gegen das Polizeipräsidium an. Nachdem das Landgericht die Klage dem Grunde nach für berechtigt erklärt hatte — es war Klage auf Zahlung von wöchentlich 30 Mk. erhoben worden —, folgte auf weiteren Antrag der Witwe eine einstweilige Verfügung, wonach bis auf weiteres wöchentlich 10 Mk. gezahlt werden sollten. Während die Witwe bei dem Kammergericht schwabte, erhob das Polizeipräsidium den Kompetenzkonflikt. Jetzt ist es zu einem Vergleich gekommen, wonach das Polizeipräsidium der Witwe Hermann 6000 Mk. zahlt und die Kosten des Verfahrens trägt.

Vorarbeiten zum Zusammenstoß der Liberalen. Eine liberale Delegiertenversammlung, die am Sonntag in München stattfand, erörterte die Frage der Verurteilung der liberalen Parteien im Reich. Es nahmen an der Versammlung bayerische Landtagsabgeordnete beider liberalen Richtungen teil. Die liberale Arbeitsgemeinschaft in Bayern soll die Initiative ergreifen und im Sinne einer Verurteilung der liberalen Gruppen wirken. Eine Sonderkommission wurde zum Zwecke der Vorarbeiten eingesetzt.

Verbot der Verwendung von Zucker. Nach einer Verordnung des Reichskanzlers darf Zucker bis auf weiteres weder bei der gewerksmäßigen Herstellung von Feinmehl noch bei der gewerksmäßigen Herstellung von Limonaden oder deren Grundstoffen verwendet werden.

Zur Deckung des Bedarfs an Kleingeld ist der Reichskanzler durch eine Bundesratsverordnung ermächtigt worden, weitere 10 und 5 Pfennigstücke aus Eisen bis zur Höhe von je 5 Millionen Mark herstellen zu lassen.

## Bereine und Versammlungen.

### Versammlung der Majer.

Die Zahlstelle Leipzig hielt am 6. Mai ihre vierteljährliche Generalversammlung im Volkshaus ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende wieder dreier im Vorkriege geliebter Kollegen: Karl Schüller, Eugen Gotthardt, Max Traugott. Die Versammlung erbat die gefallenen Krieger in stöcher Weise. Angenommen wurden 7 Kollegen in den Verband, darunter befinden sich 5 Ausgewählte. Der Zahlstellenbeamte gab den Bericht der Verbandskasse. Die Einnahmen betragen 2007,95 Mk., die Ausgaben 2070,51 Mk.; bleibt ein Bestand von 937,44 Mk. Der Kassalassenbericht: Einnahmen 1363,02 Mk., Ausgaben 1305,02 Mk., Mittelstand 202,00 Mk. Die Redatoren haben alles in bester Ordnung vorgeführt und beantragen Entlassung beider Redatoren, die einstimmig geschieht. Ausgeschlossen wurden 2 Mitglieder wegen Genereffekten. Der Bekleidungsbeitrag abt betreffs der Teuerungszulage bekannt, daß die Annahme in einer Versammlung beschlossen hat, den auf Lohn arbeitenden Majergehilfen solange der Krieg dauert eine Zulage von 5 Pfa. die Stunde vom 1. Mai an zu gewähren. Mitordner erhalten nichts. Eine Debatte hierüber brachte am Schluß derselben einen Antrag durch, den Gesellenauschuss zu beauftragen, sofort wieder eine Eingabe an die Annahme zu senden mit der Forderung, sämtlichen in Majerbetrieben be-

stätigten Arbeitern diese Zulage zu gewähren. Der Volksanzeiger berichtete von der Tagesordnung abgelehnt werden, da der Kollege Held verhindert war, an der Versammlung teilzunehmen. Unter Gewerkschaftlichen gibt der Vorsitzende bekannt, daß Volksvereinsunterstützung Freitag, den 2. Juni das letztmalig ausgeführt wird. Weiter wird bekanntgegeben, daß denjenigen Kollegen, die vom Rat der Stadt Unterstützung beziehen, die freiwilligen Mitglieder der Ortskrankenkasse sind und zur 8. Klasse Steuern, der Betrag von 60 Pfa. die Woche gegen Vorlegung des amtlichen Mitgliedsbuches zurückgestellt wird. Ferner werden die Versammlungsteilnehmer aufgefordert, bei den ausgetretenen Differenzen der Feinrechner Solidarität zu üben. Kollege Reinhardt bringt nochmals in Erinnerung, das Rechnungsbuch von Heinrich Volkstamm einzuführen.

### Die Arbeiterzeitung Leipzig.

hielten am 5. Mai ihre erste Quartalversammlung ab. Nachdem die sechs Vorarbeiten und die 18 im Felde gefallenen Kollegen durch Erheben von den Wägen geehrt worden waren, nahm Genosse Wank Hennis vom Arbeiterbildungsinstitut das Wort zu einem Vortrage mit dem Thema: Drei verurteilte Dichter: Ludwig Angenauer, Heinrich Veitthold und Karl de Coster. Die Ausführungen des Vortragenden waren gewürzt mit der Wiedergabe von einigen hervorragenden Leistungen der genannten Dichter. Die Darbietungen erregten das Wohlgefallen der Versammelten, was durch lebhaften Beifall zum Ausdruck gebracht wurde. Der Kassendbericht war in vervielfältigter Form der Versammlung unterbreitet worden. Die Einnahmen und Ausgaben Bilanzieren in der Hauptklasse mit 11 103,10 Mk., in der Nebekasse mit 27 254,77 Mk. Die Mittelliederbewegung war eine glückliche; der Zugang betrug 208, der Abgang jedoch nur 124 Mitglieder, inklusive 55 zum Militär eingezogenen. Die erfreuliche Mitgliederzunahme ist zum Teil auf das Konto der Sangespartei zu setzen. Im Besonderen erdörte Kollege Storz verschiedene Verbandsangelegenheiten. Er verwies zunächst darauf, daß alljährlich im Frühjahr eine gefällige Veranstaltung oder Beilegung von Leipziger Lebenswichtigkeiten vorgenommen werden soll. Die Versammelten stimmten zu, daß es der Verwaltung überlassen werden soll, ob etwas unternommen werden soll oder nicht. Dann wurde auf die Wichtigkeit der Erhebung über die Lohn- und Lebensbedingungen der Arbeiter hingewiesen und die Anwesenheit aufgefordert, mitzumachen, daß die angegebenen Fragebogen genau ausgefüllt den Hauskassieren zurückgegeben werden. Hierauf verurteilte sich Redner noch kurz über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung. Der Arbeitsnachweis muß von den Mitgliedern mehr unterrichtet werden wie bisher. Man sollte öfter daran denken, daß noch über 90 arbeitslose Frauen und Mädchen vorhanden seien; jede frei werdende Stelle möge sofort dem Bureau telephonisch oder durch Karte mitgeteilt werden, damit die Arbeitslosen schnell vermittelt werden können. Ein großer Mißstand ist der mangelhafte Ausbau der Arbeitslosenunterstützung in den Vorortgemeinden. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die arbeitslosen Frauen und Mädchen in den Gemeinden in den meisten Fällen ohne Unterstützung abgehoben werden, nachdem der Schutzmann oder Gemeindevorsteher durch mehrmaliges Ausfragen und Nachforschen die Aufmerksamkeit der Nachbarschaft erregt und die Arbeitslosen ein gelindes Gerede vor dieser Art sozialer Misere der durch den Krieg Geschädigten einleitet werden ist. Die Mangelhaftigkeit der Arbeitslosenunterstützung in den Gemeinden kommt so recht zum Ausdruck, wenn man einen Vergleich zieht zwischen zwei Vertriebenen, von denen der eine aus der Textilindustrie, der andre aber aus der Zement-, Zuckers-, Gummi- oder ähnlichen Industrie kommt, die beide in ein und demselben Orte wohnen. Während von dem ersten durch die Regelung der Unterstützung für Textilarbeiter die größte Not ferngehalten wird, selbst der andre schwere Not, weil er keinerlei Unterstützung erhält; und beide sind doch im gleichen Maße durch die Maßnahmen der Regierung, die durch den Krieg bedingt werden, geschädigt. Die Mitglieder der Vorortgemeinden werden aufgefordert, im Falle der Arbeitslosigkeit sich unbedingt an dem Gemeindevorsteher um Unterstützung zu melden; bei Abweisung ist dem Bureau Kenntnis zu geben, damit die Angelegenheit an die höheren Instanzen weitergegeben werden kann. Am Schluß der Versammlung machte Kollege Schmidt noch darauf aufmerksam, daß die vom Militär zurückkehrenden Kollegen von den Hauskassieren rechtzeitig angemeldet werden.

### Versammlung der Tabakarbeiter.

Eine am 6. Mai stattfindende Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes (Zahlstelle Leipzig) beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1910; 2. Zeitliche Angelegenheiten. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 1122,99 Mk. an verzeichnen, der eine Ausgabe von 317,68 Mk. gegenüber stand; mithin blieb ein Bestand von 805,31 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 230,11 Mk. und eine Ausgabe von 174,92 Mk. Der Mittelliederbestand betrug am Schluß des 1. Quartals 157; davon 92 männliche und 65 weibliche Mitglieder. Die Abrechnung wurde genehmigt. Unter kritischen Angelegenheiten wurde beschlossen, vom 1. Juni ab die Beiträge um 5 Pfa. pro Woche zu erhöhen, dafür aber den Monatsbeitrag von 20 und 10 Pfa. fallen zu lassen. Außerdem wurde Beschwerde gestellt über die Firma Sommer, Leipzig-Eindau, Metzgerberg Straße, wo nicht nur der Lohn der Arbeiter vermindert werden soll. Die Tabakarbeiter sind gut, daß sie dort in Arbeit treten, sich erst bei der Verbandsleitung am Orte zu erkundigen. Weiter wurde im Laufe der Versammlung die Stellungnahme der Metallarbeiterzeitung zur neuen Tabaksteuerentwurf einer Kritik unterzogen. Folgende Resolution wurde einstimmig zur Annahme: „Die Tabakarbeiter Leipzig protestieren aufs schärfste gegen die Redaktion der Metallarbeiterzeitung, die für die Verurteilung des Tabaks eingetreten ist. Die Tabakarbeiter, die liberal gegen jede Verurteilung stimmten, erblicken in dieser Zustimmung der Redaktion der Metallarbeiterzeitung eine schwere Schädigung ihrer Existenz und eine Gefährdung ihrer Organisation. Mit dieser Zustimmung hat sich die Redaktion in schroffem Gegensatz zu den Bestrebungen der freien Gewerkschaften, die gegen alle indirekten Steuern sind, gestellt. Somit hat sich die Redaktion auf die Seite unserer Gegner gestellt und ihr Recht als Lehrer der freien Gewerkschaften verwirrt. Darum begründen die Tabakarbeiter Leipzig die Resolution der Metallarbeiterzeitung, die in einer ihrer Versammlungen angenommen wurde.“ Im allgemeinen wurde bedauert, daß die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Angelegenheit nichts getan hat. Ihre Pflicht wäre es doch, besonders, einmal die Metallarbeiterzeitung in ihre Schranken zu verweisen.

**Eckstein**  
Zigaretten  
Einzig in Qualität  
Trusfrei  
AM-ECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

## Nickel Vist und seine Gefellen.

4) Ein Kulturbild vom Ende des 17. Jahrhunderts.

Jeder neue Gesangene, jedes neue Verhör, jede Zeitung, die von anderswärts kam, gab Kunde von neuen Verbrechen und belästigte die große Gefühllichkeit der Lande. Das Gericht zu Celle, die Regierung und der Adel erkannten die dringende Notwendigkeit, außerordentliche Maßregeln zu ergreifen. Auf dem gewöhnlichen langsamem Wege durch Schreiben an die auswärtigen Gerichte ließ sich nichts tun; man ernannte deshalb einen Kommissar, der, wohl- versehen mit Vollmachten und Empfehlungsbriefen, die Haupt- rädelsführer der Bande in Deutschland aufzusuchen, womöglich er- greifen und nach Celle transportieren lassen sollte. Zu diesem Feldezug wurde der Amtmann Dietrich ausgesoren. Die, auf die er vorzugsweise sein Augenmerk richten sollte, waren der sogenannte Doktor oder Johann Heinrich von Nofel und seine Artifiane, die Frau von Sien; denn sie schienen die gefährlichsten Häupter der Bande zu sein.

Der vornehme Herr von Nofel mit seiner Allongenerde, seinem Redehut und goldgeschickten Samtrod, mit seinem Staats- begeh und seinen zierlichen Manfchellen war verschwandert; ver- schwandert waren seine schöne Gattin, der Jäger, der Kammerdiener und die ganze treuerliche Pracht. Der Kommissar glaubte eine ent- schennte Spur in Sachfen zu finden, erhielt aber plötzlich von Saale- de Weising, sich ins Vogtland zu begeben. Unweit Grot; war nämlich eine Händerbande festgenommen worden, und einer der Mörder, Namens Nickel, hätte sich den Hals abschneiden wollen, als er arretiert wurde. Es gina das Gerücht, daß dieser Nickel einen Rached, Namens Moriz Mäster, habe, eine getaupte Mäbta, die Elmse, mit sich führe und wohl der Herr von Nofel sein könnte. Der Kommissar, der lieber seiner Spur in Sachfen nachgegangen wäre, meidete, daß dieser Dieb sich in jener Gegend sehr bekannt und hochachteter Mensch sei, der schon zwei Verurteilungen erhalten habe und gemeinlich Nickel genannt werde, aber eigentlich Nikolaus Pils heiße, also wohl nicht der Gesuchte sein dürfte. Niklas Pils war im Vogt- lande und Thüringen ein großer Mann und pflichtlich in seinen Unter- nehmungen, es war daher nicht sehr wahrscheinlich, daß er das Land, wo er ein so erachtetes Feld für seine Tätigkeit hatte, verlassen und einer Verpöndung nach Weimar gehen und den Händelbanden, wo er die Verhältnisse und die Lokalität nicht kannte, gewagt haben sollte.

Da ward zufällig bei einem Verhör, das Schwankes Frau in Celle bestand, Nofels Name genannt. Sie horcht auf und rief: „Herr Gott, so sich ja der Doktor, der bei dem mein Mann war.“ „Wofür, woher sie es wisse, antwortete sie: „Er hand einmal in Lüneburg vorm Spiegel und fragte meine Schwester, die Elmse: „Weißt du, wie ich heiße?“ Sie antwortete: „Nein!“ Da sagte er lächelnd: „Ich heiße N i c k e l V i s t und bin auch l i s t i g.“

So ward denn der vernünftige Herr von der Wogel, der berühmte Doktor, gefunden und zugleich in sicherem Gewahrsam. Um zur völligen Gewißheit über seine Identität zu kommen, wurde der Wirt aus den drei Aronen in Hannover nach Hof im Vogtlande, wo Nickel Pils sah, geschickt und erkannte denn auch beim ersten Anblick in dem blaffen Manne in Ketten den großen Kavalier, der mit Ruh und aller Verherrlichung bei ihm logiert hatte.

Unglücklich war man im Aufsuchen seiner Konkubine, der sogenannten Elmie. Ihr gemeyner Ehemann, der hantfeste Bei- händler von Sien, wollte nichts mehr von ihr wissen. Er hatte sich wegen ihres kühnen Lebens und ihrer lieberlichen Haushaltung von ihr getrennt und ihr schon früher, als sie sich in Hamburg wieder traf, erklärt, daß er sie nicht mehr als Frau anerkenne. Sie hatte erwidert: Sie erkenne ihn ebensovienig als ihren Mann an; denn er könne sie nicht einmal anerkennen. Unstet und flüchtig zog sie im Lande umher unter diesem und jenem Namen. Ebensoft wechselte sie die Poree ihres Pelztes. Sie hatte zwei Wagen, in denen sie umherfuhr. Ein Kuppelrin in Halle führte ihr junge Leute in ihre Netz. Einmal hatte man sie im Weimarischen zu Aerpsteden gesehen, wo sie den Lorenz Schöne (den Cornet) bei sich hatte; ein andermal war ein Doktor mit ihr zusammen. Sie ging geschminkt, in den mo- dernen Kleidungsstücken und wozu mit Argentatoren und Dukaten um sich. Auch hatte man sie im Meiden Stechen, im dortigen Ober- schloß, mehrmals gesehen, ein Ort, der unter zwei Herren damals (seit Weimar und die Grafen Stolberg), in jenem Wirtshaus eine berühmte Diebeshöhle beherbergte. Der eigene Sohn des Wirts, Ernst Pilschke, gehörte zur Bande, deren Oberhaupt Nickel war. Es ward hier oft im Dezember das bösen Geistes gefeiert. Wä- send Patrouillen draußen umhergingen, ward im Innern geschwelgt und dankefollert. Zugleich aber hand immer eine Anzahl Pferd; im Hofe gefaltet, um bei der ersten Gefahr sich davonzuwerfen und aus der beiden Grenzen zu erreichen.

Ebensovienig war gewisse Nachricht von Lorenz Schöne (dem Cornet) anzukommen. Nur erfuhr man, daß er mit seinem Bruder Heinrich früher im Militär gedient und wie dieser, weil beide mehr- mals desertiert waren, den Strang und Spießruten verwirkt hatte. Sein Bruder Heinrich war in Prag verschiedenen Verbrechen wegen aufgehängt worden, hatte aber die Grille, sich für einen andern aus- zugeben und sich unter dem Namen Johann Christoph Wolff auf- knüpfen zu lassen. Von dem sogenannten Cornet hat man nie wieder gehört.

Mit Nickel Vists Gesangenahme war die Seele der großen Ver- bindung getroffen, die Anhänger von der die andern hineren ihre Lebenskräfte empfangen. Jetzt gingen Richter und Kommissarien mit neuem Mut und frischer Lust an die immer noch schwierige Aufgabe, den verbliebenen Knoten völlig zu entwirren.

Nickel Vist bekannte zwar ohne weiteres die von ihm in der Heimat begangenen Verbrechen, leugnete aber, der Herr von Nofel und der berühmte Doktor zu sein; indes schon der erste Grad der Folter entriß ihm die Wahrheit, und er gestand nun mit der größten Freimütigkeit nicht bloß ein, was man ihm fragte, sondern auch noch eine Menge anderer Verbrechen. Es kam eine überaus große Anzahl von Diebstählen und Einbrüchen an den Tag. Prozesse, in denen die Affen längst zurückgelegt waren, mußten wieder voranget, Personen, die man freigelassen, und solche, die man noch nie beargwohnt hatte, mußten eingezogen werden. Außer Jonas Meier erschien nun auch der Regimentquartiermeister Peermann, gegen den inzwischen auch der Gattin Otto Müller unter den Daamschrauben als einen Hauptfänger am Braunschweiger Einbruch angefaßt hatte, beson- derts gewahrt. Ein anderer Gannet, Christian Müller, den Nickel Vist für eine der tätigen und fürchtbarsten Mitglieder der Bande er- klärte, sah in Leipzig. Der Garberberer Pante wurde im Wand- selbischen aufgegriffen, der vielbesprochene Jäger Moriz Richter in Weimar, wo er unter seinem wahren Namen, Andreas Schwarze, eingejungen worden war.

Auch die Elmie hoffte man schznhaben. Auf der Landstraße von Gotha war nämlich ein Arngenszimmer nach Weimar gekommen, auf die die Personbeschreibung der Elmie von Sien zu passen schien. Der Name, den sie sich beilegte, wies ebenfalls darauf hin. Der Geburts- name der schönen Elmie war Anna Mayers, die schöne, lustige Dame in Weimar nannte sich Christine Magdalene Meyers. Ihre Vaterstadt wäre Hamburg, ihre Eltern daleich Juden gewesen. Ihr Mann, an den sie schon im jüngsten Jahre verheiratet worden, heiße Lewis Wein und wäre ein lieberlicher Mensch, der von ihr weg nach Holland gegangen sei (wie von Sien). Als sie Christin gewor-

den, hätte sie es nicht länger zu Hause ausgehalten und wäre seit drei Jahren auf Reisen, leblich an ihrem Vergnügen. Die Frage: Ob sie sich nicht in Halle Amm oder Madame de Sien habe nennen lassen?, kam ihr sehr lächerlich vor, sie kenne diese Dame, die eine Portugiesin von Geburt sei, sehr genau, habe aber nichts mit ihr gemein. Sie pochte auf ihre richtigen Asteile und berief sich auf ihre Bekannten in Hamburg und Leipzig. Als man sie auf ihre guten Asteile und ihren Schmutz aufmerksam machte, und fragte, ob sie diese nicht durch Dieberei und Puhlerei erworben, lachte sie höhnlich: Solches hätte sie von ihren Eltern nicht gelernt, und Gott würde sie schon dafür behüten. Sie wäre, leblich zu ihrer Zerstörung in Leipzig, Halle, Gotha, immer an jedem Orte nur acht Tage geblie- ben; wenn sie um Puhlerei willen sich dahin begeben, hätte sie einen schönen Erwerb haben können.

Sie war kurz angebunden, und auch im Gefängnis vertiefte sie weder der Witz noch die Yonne. Das sei nun einmal ihre Lust, sich umzusehen, und wenn sie ein Mann wäre, müßte sie die ganze Welt durchreisen. Als man ihr vorhielt, sie solle bei den Studenten in Jena Wisten auf deren Stuben gemacht haben, lachte sie laut auf, versicherte aber, so gemein sei sie nicht. Sie hätte nicht nötig, die Studenten auf ihren Stuben zu besuchen; denn wo sie sich nur zeige, wären die jungen Leute wie toll auf sie und müßten das Haus immer hitzen. Nur um einem ihrer Auteiler zu entfliehen, sei sie aus Gotha so schnell fortgegangen, und um der Majerei der Wrischen und ihren lustigen Streichen zu entgehen, hätte sie wohl oft Versteckens gespielt. Daß sie aber auf Manufaktur sollte im Lande nachgezogen sein, kam ihr gar zu hochhaft vor; vornehme Cavalier habe sie viele gekannt und sei mit ihnen gereist, aber vor Gesellschaft mit Diebes- gefellen sollte sie der liebe Gott behüten. Da sie die unmöglichste, ständige Weisbeserion von der Welt wäre, weder Vater noch Mutter hätte, weder Mann noch Kind, so müßte sie sich wohl auf den lieben Gott allein verlassen, der sie durch seinen heiligen Geist vor bösen Vorkäufen bewahren und als neue Christin auch vor sündhaften Ge- danken schützen würde.

Diese Komödie, die die erkliebende Dame vor ihren Richtern zu spielen für gut fand, wurde plötzlich mit einer andern Komödie vertauscht, die ihr sich selbst mielte. Am Gefängnis über ihr sah Andreas Schwarze (Moriz Richter), der schöne jugendliche Jäger des Herrn von der Wogel. Sie hatte ihn noch nicht gesehen, aber der Ruf seiner Taten und seiner Schönheit legten sie in solche Viebes- flammen, daß sie alles aufbot, ihn zu sehen und zu sprechen. Sie unterließ sich durch ihre Gitterfenster in einer den andern unver- kennlichen Sprache mit ihm und verfaßte eine Korrespondenz, von der uns eine schöne Probe aufbewahrt ist; ihr Brief an ihn lautet:

„Schöner Engel!

Ich kann Dir nicht schreiben, wie ich fern wolle. Wenn ich Dir nach meinem Willen schreiben könnte, mein halbes Leben wolle ich Dir geben. Doch wenn ich alle Feden nähme, so könnte ich Dir meine große Betrübniß nicht fattam ausdrücken, welche ich nur durch Dein Entzücken andeuten muß. Doch kofte, Dich, wo nicht hier, doch anderswo wiederzufinden. Ueberfichte Dir dieses, das kommt Du auf meine Geländelst verzichten. Ich wolle Dir gerne was mehr schicken, wenn ich was mehr hätte. Ich habe es auch zum Präsen bekommen. Kerz; aber meiner nicht; nimmermehr will ich Deiner verzichten, so wird Dir Gott helfen. Gabs mir Geduld, es wird sich alles klären. Meine Johanna läßt Dich schon grüßen. Ich aber befehle Dich in Gottes Schutz und verharre.

Deine ergebene  
Christine Magdalene Meyern.

P. S. Lette Dich, zerreiße den Brief, daß ihn Dein Stichoaler nicht in die Hände bekommt. Ich habe müßen solche Rantion stellen. Wenn ich gleich wollte durchgehen und meine Gedanken in Licht lassen; so schickten sie mir Strich-Briefe noch, da wäre es nicht gut.

Wein Herz in mir teil ich mit Dir,  
Brichst Du an mir, so rache es Gott an Dir.  
Wein ich's nicht von Herzen,  
So soll mich der Teufel zerreißen.

Zu adrethbar Engel! Gott gebe, es gehe Dir wohl, als ich es fern hätte. Schreibe mir bald wieder.

Die feuch; Landrätlerin zettelte einen Plan an, den geliebten Verbrecher mit Hilfe seines Bruders, eines fasten-weinanzidigen Capitain d'Armes, zu befreien, es gelang ihr aber nicht. Trotz des Bedacht, daß sie die Elmie sei, mußte sie freigelassen werden, weil der Wirt zu den drei Aronen in Hannover, der ihr einen nach Weimar geschickt wurde, sie nicht erkennen konnte. Mit dieser falschen Nähere, auf die der Kommissarius gelockt war, verschwindet das gefährliche Weib aus den Akten.

(Fortsetzung folgt.)

## In der weißen Wehre.

Großes Hauptquartier, 2. Mai.

Vor ein paar Wochen noch war dieses ganze Land hier zwischen Waas und Nofel eine zähe gelbe Schmutz- und Schlammmasse. In den Wäldern brachen Pferde und Wagen tief in den durch langen Regen aufgeweichten Boden. Auf den besten Landstraßen loderte sich der Stein. Tiefe Föhren erschweren unsern Kolonnen den Vormarsch. Die Wälder wurden undurchdringlich — nicht nur durch Feuer und Drostochan, sondern auch durch Stumpf und Morast. Da gab es Waldstrecken, zu deren vorderster Linie man nur hartig gelangte — bis an die Arie im Rehm wartend —, denn die Stiefel blieben im Schlamm stecken.

Heute fest ein trockener Wind über die Boerre. Vollen von weissem Staub jagten durch die Straßen und Dörfer. Das junge Grün auf den Wäldern und Gärten in der Nähe der Kolonnen- wege ist bedeckt mit einer weissen grauen Staubficht. Noch sieht man an den Rändern links und rechts, wie der Drost im Februar und März hier einen Meter hoch aufspritzt ist. Heute liegt eine weiße, graue Rehtbede auf den Wagen und Herden. Mancher Reiter und Anticher ist weiß wie ein Mäckerkuchel.

Auf der Schurzeraden alten Heerstraße von Langunon nach Giam steigt unter Wagen durch die Straßen und Dörfer. Das junge Wäldern des Horizonts löst sich ab und zu die rote Stiefelkante eines Allindungswehrs. Dörfer und Städtchen, die an und vor- überfließen, krezen ihre verflümmelten Manern müde in das Morgengrauen, das langsam von Osten nach. Klobige Dampf- wachen, die am Wege stehen, erwachen, werden geseht, runden und bestimmte freischend, großend ihr Tagemerk. Verflümmelte, ver- bannete Gestalten tauchen aus den Häusern, den Zelten, den Wagen hervor — wandernde Fragezeichen dieser Tage der bangen Er- wartung. Wenn unser Wagen an einer der vielen Postkontrollen hält, hört man das Feuer von Verdun. Auch das Feuer erwacht mit dem andredenden Tage — in allen Wäldern und Gräben rechts und links es lebendig — fröhend, lachend, lübelnd. Ueber den Rücken eines Säuels im grauen Dämmerlicht zieht ein schwarzer Vetter. Die Kögel schlagen ihre Pfähle und sämtern ihr Lied. Am Osten steigt die Sonne auf. Es ist der 1. Mai.

Vor einem Walde halten wir. Dichter, aber löstcher un- geöffneter Nammwald. Der Wald ist durchzogen von hundert Pfaden. Alle Wade sind Knippeldämme. Vor ein paar Wochen lagen selbst diese mithevoll gezimmerten Knippeldämme unter Wasser und Morast. Der Wald ist lebendig. Hüten, Naraden, unterirdische Betonhäuser schauen rechts und links aus dem grünen

Dickicht. Am vorigen Jahre lag der Wald dicht hinter der Front — immer im drohenden Feuer. Alles, was man heute, baute man vorfristig, leise, unruhig. Das ist heute anders. Seit dem 21. Fe- bruar sind die Franzosen wehlich bis an und auf die Gote geworfen. Heute wird hier ein lustiges Häuschen neben das andre gefeiert. Die damals spärlichen Gärten dehnen sich aus. Man pflanzt und zimmert ungestört, unbesorgt wie in einer Laubentolonie.

Der helle Tag breitet sich über die ständige Straße und gelben Aeder der Boerre aus. Auf allen Seiten steigen jetzt die Kessel- bolzen hoch. Unten an der Erde hilflose, ungeschickte, beäng- stigende Qualen. Aber je höher sie steigen, desto schlanker, zwer- ghafter, selbstfischer leben sie aus — wie die Sonne auf ihnen liegt — vier große, ruhige, silbergraue Augen. Und gleich nach den Kesselballons klettert die Krieger hoch. Schöns weiße, surrende Kalle mit blühenden Metallfeibern. Sie haben eine besondere Aufgabe. Eben angelangt, formieren sie sich zu einer langen Kette und fliegen langsam in runden Zirkellinien die Front der vier Kesselballons ab. Sie sind die beweislichen schlüßenden Trabanten der großen gefesteten Brüder. Sie fliegen vor und zwischen und hinter ihnen auf und ab. Den ganzen Tag singt die Luft von ihren Motoren.

Wir wandern durch eine Ferme (Outshof). Eine Minen- werkerabteilung liegt hier in Ruhe. Die Ferme ist längst auf- samengegeschossen. Aber sie ist anräumt — eine laubereuechte Mine. Aller Schmut liegt in der Mitte aufgeschloft, wo sonst der große Wirtshaus dampfte. Der Aeder verwildert rings herum. Zwei Pflüge rosten im Unkraut. Eine Drehschleife verkauft — eine von diesen grausamen Zerkniffen, die unsre heimlichen Aederferde stückweise nicht mehr kennen. Am Innern der Mine lagern die Minenwerfer. Die Post ist eben ausgeleilt. Einige liegen in der Sonne — über ihre Briefe gebengt. Aus dem leeren Anstalt hört eine Schwalbe.

Endlich haben wir unser Ziel erreicht. In einem Waldbrand steht eine kleine Hütte. Vor uns liegt plötzlich das ganze östliche Aarsfeld von Verdun in der Sonne ausgebreitet. Da liegen die Wälder und Dörfer und Appen, deren Namen uns alle, von Eban bis Salont, deren Stiefel die ganze Welt angefangen hat. Da liegt, alles überragend, die baumlose gelbe Kuppel von Douaumont — die dunkle Schlucht von Bauz, Bauz selber, das Fort, eine breite, graue, postenartige Höhe — der lange Wald von Barba- mont, zerfetzt düster, als wäre ihm die Luft zum Grün vergangen — da liegt unterhalb von Bauz wehentlich in der Sonne das steinere Meer von Damfleur, über dem die bestückte „hohe Batterie“ noch immer feuert. Ganz hinten schneidet der Horizont die Silhouette des Callette-Waldes ab — ganz vorn zeigen Droht- wehre und verlassene Gräben unsre alten Stellungen vor der Offensiv an. Weiße Schloßruinen in einem zerklüfteten Park sollen einst der Sitz der Familie Poinecaré gewesen sein.

In der kleinen Hütte hat ein Vizewachmeister am Scheren- fernrohr. Zwischen seinen Ratten vergaben, liegt ein Essig-Band von Colar Wilde. Wir lassen die deutschen Stellungen vor Bauz eine nach der andern langsam durch das runde Schfeld gleiten. Es ist noch eine Stunde Zeit. Dann müssen wir vorn auf dem Gefechtsstand sein. Auf Bauz sollen heute schwere Granaten ge- worfen werden. Wir sitzen auf der Treppe des kleinen Holzhauses und warten. Fröhliche quaten im Stumpf. Eine Großmilde löst über uns. Die Wälder der Auen sind so jung, so grün, so weich- geigert wie damals, als es Frieden war. . .

Plötzlich laderu Maschinengewehre in der Luft. Wir fahren auf. Der ganze Himmel über Douaumont und Bauz ist voll von weissen, runden Wäldchen, von diesen charakteristischen Schrapnell- wäldchen der Abwehrgeschütze, die wie gefüllte Änge eines ge- schickten Mächers ganz allmählich zerfließen. Und bald haben wir die feindlichen Mieger im Gize. Es sind zwei weiße, leicht erkenn- bar und fast zu verwechseln mit den unsrigen, und ein dritter, ein schlanker Typus, vielangroß, mit einem braunen Körper und zwei durchsichtigen Flügeln. Ein Vogel, sondern eine Eibelle, ein garliches Anseht. Sie haben sich in ziemlich Höhe an unsre Ballons her- angeflogen und beginnen kühn auf sie zu feuern, just in dem Moment, wo unsre Sperreliker hinten absteils liegen. Aber keine Minute dauert es — das unaufhörliche Feuer unsrer Maschin- gewehre und Abwehrgeschütze hielt sie ohnedies in würdiger Höhe und Abstand — da kommt die Kette unsrer Postvollkisten heran- geschossen — sie schwärmen aneinander — zwei Voller sind deutlich zuverdeckt zu erkennen — unsre Geschütze helfen das Feuer ein — die Kufe flinat von lieben Motoren — alles steht und hält den Atem an. Werden die drei den Kampf aufnehmen?

Nein — plötzlich biegen sie ab. Das Anseht in der Mitte, die beiden Weißen seitwärts — stehen sie in schurperader Linie rück- wärts ihrer Front zu, unsre sechs hinter ihnen her — die beiden Voller steht weit vorn liegend. Aber auch diese erreichen nichts. Bald fallen sich die weissen Wäldchen der Franzosen um ihre Appa- rate, und sie kehren um. Sie sammeln sich. Sie bilden ihre lange Kette wie am Anfang und fliegen wieder langsam an der Front der grauen großen Brüder auf und ab.

T. v. Adolt A. H. K. r., Kriegsberichterstatter.

## Kleine Chronik.

Die Schneider von Schönan benannt sich eine komische Oper, die vor einigen Wochen im Dresdner Opernhause mit er- staunlichem Erfolg zur Aufführung kam und sich immer noch der rechten Annahme des Publikums erheit. Da wirle Leipziger Oper es in bedauernswürdiger Weise an Wagemut fehlen läßt, so muß es sich der Sperreliker zur Pflicht machen, beachtenswerte neue Worte in auswärtigen Aufführungen kennen zu lernen, um einigermassen über den Stand des heutigen Opernschaffens unter- richtet zu sein. Die Dresdner Oper hat nun in diesem Falle (die dritte Aufführung in diesem Jahre) nicht nur Wagemut, sondern auch entschiedenes Entbederglid bewiesen. Der Komponist Jan A. r. a. n. d. l. s. W. u. s. war ihr zwar schon bekannt, aber die vor reich- lich zwei Jahren in Dresden zuerst aufgeführte einaktige Oper Glöckenspiel hatte ihn nicht sonderlich empfinden. Man war fast ein wenig verwundert über die handsaden erscheinende Form dieses auf die ältere Nummernoper zurückgehenden Werkes, das es kaum zu einem Achtungserfolg brachte. Nun reichte der Tonrichter ein abendfüllendes Werk ein, das wieder in mancher Beziehung als reaktionär gelten kann und dessen Handlung in der Vermischung von Realist und Märchenhaftigkeit an die Phantasie des Publikums immerhin einige Anwürde stellt; ob man die vielfachen Reize dieser Oper nun erkannte oder ahnen mochte, die Tatsache bleibt erfreulich, daß man wieder zugriff und eine entzückend schöne, wunderbar aus- gearbeitete Aufführung ihr Anteil werden ließ. Das Verdienst des Kapellmeisters Hermann Anschütz an dieses Werk ist besonders hervorzuheben, scheint mir doch von dieser Dresdner Aufführung aus ein frischer Anstoß zur Pflege der komischen Oper für Ton- richter wie Theater auszugehen zu sollen.

Daß unser ziemlich verfahrenes, meist im Eklektizismus steden- gebliebenes Opernschaffen sein Ziel in der Gattung der komischen Oper zu suchen habe, das ist seit Jahren immer und immer wieder gesagt und auch so oft begründet worden, daß man kein Wort mehr darüber zu verlieren braucht. Wir müssen von Wagnerischen Selbst- pathos abkommen, wollen wir nicht immer wieder mehr oder weniger von gewaltigen, in keiner Art unerreichbaren Vorbild ab- hängen. Eine Reihe von wertvollen Versuchen, einen zeitgemäßen komischen Opernstil zu schaffen, ist bereits gemacht worden, und von



Zur Vereinsgesetznovelle.

1. Der Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wendet sich in einer längeren Eingabe von 8. Mai an den Reichskanzler. In dieser nimmt er gegen die Forderung in der Eingabe des Vorstandes des Deutschen Landwirtschaftsrates an den Reichskanzler Stellung, bei der Neuordnung des Vereinsgesetzes die neuen Bestimmungen nicht auf die ländlichen Arbeiter auszuweiten. Der Landarbeiterverband legt ausführlich dar, daß das Bedürfnis einer Interessensvertretung der ländlichen Arbeiter durch eine selbständige gewerkschaftliche Organisation gegeben ist. Der Verband zählte bei Beginn des Krieges 2531 Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder ist in der Kriegszeit auf durchschnittlich 10 000 zurückgegangen. Wenn in einer Eingabe der landwirtschaftlichen Arbeiterkreise, führt der Vorstand des Landarbeiterverbandes aus, darauf hingewiesen wird, daß sie bestrebt sind, die bestehenden Organisationen der landwirtschaftlichen Arbeitergemeinamen und in gleicher Weise den Arbeitnehmern zugänglich zu machen, so ist dabei vergessen worden, zu sagen, daß es sich hierbei nur um eine Scheinvertretung der Arbeiter handelt. Der Charakter dieser Scheinvertretung wird in klarer Weise von dem Landarbeiterverband dann auseinandergesetzt. Zum Schluss heißt es:

„In einer Eingabe des Bundes der Landwirte, die sich gegen die Novelle zum Vereinsgesetz richtet, wird gesagt: „Die Natur der ländlichen Arbeit bedingt eine engere Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer als in der Industrie, und ist in vieler Hinsicht auch noch in höherem Maße Vertrauenssache.“ Ist dieser Satz richtig, dann ist unbedingt erforderlich, daß für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Landwirtschaft die gleichen Rechtsverhältnisse bestehen. Da der Bund der Landwirte jedoch in seiner Eingabe eine Einschränkung der Rechte der Landarbeiter fordert, so ergibt sich, daß diese Forderung nicht aus den in der Eingabe angeführten Gründen erfolgt, sondern aus Gründen, die aus Berechtigungsgefühl auf das schärfste zurückgewiesen werden müssen. Aus den vorgenannten Gründen bitten wir Ew. Excellenz ergebenst, allen Vorschlägen, die auf eine Verschlechterung des Berechtigungsrechts der ländlichen Arbeiterschaft hinauslaufen, entschieden entgegenzutreten. Eine tatsächliche Störung des Burgfriedens würde es bedeuten, wenn man für die ländliche Arbeiterschaft, für die wahrlich schon genug Ausnahmegesetze bestehen, noch weitere schaffen würde.“

2. Der Vorsitzende der Zentralkommission für Sport und Körperpflege, Genosse Harnisch-Beipzig, legt in einer längeren Anfrage, dessen volle Wiedergabe Raumrücksichten verbieten, dar: Zu denken, für die die Novelle zum Vereinsgesetz eine volle Enttäuschung gebracht hat, gehören auch die Arbeiter-Sportverbände. Als Reaktion aus all den Drangsalierungen und Beschränkungen ihrer Tätigkeit hätten die Arbeiter-Sportverbände die Aufhebung des § 17 des Vereinsgesetzes (Jugendparagraf) durch den Reichstag begehrt. Diese Hoffnung sei nun vereitelt, und das, wiewohl in den Zeiten des Burgfriedens und den Erfahrungen des Krieges auch den Arbeiter-Sportvereinen Anerkennung zuteil wurde. Dringend erforderlich sei die Beseitigung des § 17 und derjenigen landesgesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen, die der weiteren körperlichen Erziehung der Jugend im Wege stehen. So der preussischen Kabinettsorder von 1884 und diese ergänzenden Ministerialinstruktion von 1890. Zum allermindesten müsse, wenn § 17 nicht beseitigt werde, der Ausnahmefall der Beteiligung von Jugendlichen „zu geselligen Zwecken“ erweitert werden durch die Fassung: „zu geselligen, belehrenden oder sportlichen Zwecken.“ Der § 3 des Vereinsgesetzes genüge in der neuen Fassung keineswegs, um einer Wiederkehr von Redaktionen vorzubeugen. Der Begriff der politischen Angelegenheit müsse erschöpfend gedeutet und angeschlossen werden, daß alle Einwirkung auf politische Angelegenheiten weiterer verstanden werde, als die durch einen Beschluß eines Vereins und im Namen desselben an eine gesetzgebende Körperschaft gerichtete Aufforderung auf Veränderung eines bestehenden politischen Zustandes. Bei der Regelung des Vereinsgesetzes möge man endlich den Bedürfnissen der Arbeiter-Sportvereine Rechnung tragen und bedenken, daß es sich um die Interessen von rund 400 000 Arbeiterportlern handle.

Aus der Partei.

Noch ein Gewaltstreik des Rumpfvorstandes. Aus den mancherlei Erklärungen, die im Laufe der verfloffenen Woche in der Parteipresse erschienen sind, haben wir die folgenden hervor, die sich auf den Fall des Vorwärtsredakteurs Genossen Ernst Meyer beziehen.

Der Parteivorstand suchte seine Gewaltpolitik durch die folgende Erklärung zu rechtfertigen:

Erklärung.

„Nun jemand, der Parteiorganisationen öffentlich, schriftlich und mündlich auffordert, keine Beiträge an den Parteivorstand abzuführen, also die Desorganisation propagiert, der Redaktion des Zentralorgans der Partei angehört?“

Zu dieser Frage mußte der Parteivorstand Stellung nehmen, nachdem festgestellt war, daß der Vorwärts-Redakteur Dr. Meyer schriftlich und mündlich die Organisationen aufgefordert hatte, in diesem Sinne zu wirken. Der Parteivorstand hat diese Frage verneint und er stellte deshalb, nachdem Meyer zugegeben hatte, daß er die Lösung auf Sperrung der Beiträge an den Parteivorstand ausgehen habe, bei der Preschkommission des Vorwärts den Antrag, Meyer seines Postens als Vorwärts-Redakteur zu entheben. Die Preschkommission lehnte diesen Antrag einstimmig ab. Der Parteivorstand rief darauf die Kontrollkommission an, die nach dem Organisationsstatut der Partei bei Meinungsverschiedenheiten über Anstellung und Entlassung des Personals als dritte Körperschaft mitzuentcheiden hat. Der Kontrollkommission lagen folgende Fragen zur Entscheidung vor:

Antrag des Parteivorstandes:

Kann der Genosse Meyer, der Parteiorganisationen öffentlich, schriftlich und mündlich auffordert, keine Beiträge an den Parteivorstand abzuführen, also die Desorganisation propagiert, der Redaktion des Zentralorgans der Partei angehört?

Antrag der Preschkommission:

Soll Genosse Meyer als Redakteur des Vorwärts entlassen werden, weil er im Flugblatt Die Lehren des 24. März die Beitragsperrung an den Parteivorstand durch die Organisationen propagiert hat?

Die Kontrollkommission hat in ihrer Sitzung vom 4. Mai beide Anträge mit Stimmengleichheit abgelehnt. Beide Entscheidungen haben sich gegenseitig auf. Die Kontrollkommission hat damit auf das ihr nach dem Organisationsstatut zustehende Mitbestimmungsrecht verzichtet.

Nachdem die Kontrollkommission sich so selbst ausgeschaltet hatte, mußte der Parteivorstand von neuem entscheiden.

Der Parteivorstand muß dabei bleiben, daß das Amt des Redakteurs am Zentralorgan der Partei ein Vertrauensamt ist und daß der Inhaber eines solchen auch außerhalb seiner eigentlichen Berufstätigkeit unter keinen Umständen zur Sperrung der Parteibeiträge, und damit zur Sprengung der Parteiorganisation aufzufordern darf. Der Parteivorstand kann die Verantwortung dafür nicht übernehmen, daß ein Redakteur des Zentralorgans, der in

solcher Weise die Zerschöpfung der Partei propagiert, auf seinem Posten bleibt. Der Parteivorstand hat deshalb den Verlaß des Vorwärts beauftragt, Meyer unter Fortzahlung des Gehalts für die Kündigungszeit von seinem Posten zu entheben.

Berlin, den 6. Mai 1916.

Der Parteivorstand.

Dagegen erließ der Vorsitzende der Kontrollkommission die folgende Veröffentlichung:

Erklärung.

Gegenüber der Auslegung, die der Parteivorstand den Beschlüssen der Kontrollkommission gegeben hat, stelle ich als Vorsitzender der Kontrollkommission folgendes fest.

Nach § 25 des Organisationsstatuts der Partei entscheidet die Preschkommission in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über alle Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preschkommission entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preschkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser Organe eine Stimme hat.

Am 4. Mai hatte die Kontrollkommission über die zwischen dem Parteivorstand und der Preschkommission entstandene Meinungsverschiedenheit zu entscheiden, ob der Redakteur Genosse Dr. Meyer zu entlassen ist. Der Parteivorstand hatte die Entlassung beschlossen, weil der Genosse Meyer außerhalb der Redaktion zur Verbreitung des Flugblattes „Lehren des 24. März“ beigetragen hatte, in dem die Aufforderung an die Organisation enthalten ist, diesem Parteivorstand die Beiträge nicht abzuliefern und weil Genosse Meyer auch in der Organisation, der er angehört, mündlich dafür eingetreten war, daß die Organisation dieser Aufforderung nachkommen sollte. Die Preschkommission hatte einstimmig abgelehnt, dem Antrage des Parteivorstandes auf Entlassung Meyers beizutreten. Darauf beantragte der Parteivorstand bei mir die telegraphische Einberufung der Kontrollkommission nach Berlin auf den Karfreitagabend. Dem Antrage gab ich statt: in dieser Sitzung trug der Parteivorstand den eben geschickten Sachverhalt vor. Die Preschkommission beantragte die Vertagung, weil Genosse Meyer nicht geladen war, auch die Redaktion nicht vollständig habe erscheinen können, ebenso seien mehrere Preschkommismissionsmitglieder am Erscheinen verhindert. Der Parteivorstand widersprach der Vertagung. Die Kontrollkommission beschloß, die Angelegenheit auf den 2. Mai zu vertagen und zu der an diesem Tage mit dem Parteivorstand und der Preschkommission abgehaltenen Sitzung den Genossen Meyer und alle Redakteure des Vorwärts zu laden. In der Sitzung vom 2. Mai stellte sich heraus, daß der Genosse Meyer verreist war und wahrscheinlich die Vertagung nicht erhalten hätte. Es wurde beschlossen, die Sitzung auf den 4. Mai zu vertagen. In dieser Sitzung erließen der Genosse Meyer.

In der Verhandlung beantragte der Parteivorstand, die Meinungsverschiedenheit zwischen Parteivorstand und Preschkommission durch Stellung folgender Frage zum Austrag zu bringen:

„Kann der Genosse Meyer, der Parteiorganisationen öffentlich, schriftlich und mündlich auffordert, keine Beiträge an den Parteivorstand abzuführen, also die Desorganisation propagiert, der Redaktion des Zentralorgans der Partei angehört?“

Die Preschkommission widersprach dieser Fragestellung, weil die Meinungsverschiedenheit die Frage betreffe, ob der Genosse Meyer als Redakteur wegen seiner Beteiligung am Flugblatt vom 24. März zu entlassen sei und die Frage, ob in seinem Verhalten eine Propagierung der Desorganisation liege, eine Vorwegnahme der Verantwortung des Streikpunktes sei.

Die Preschkommission beantragte die Frage so zu stellen:

„Soll der Genosse Meyer als Redakteur des Vorwärts entlassen werden, weil er im Flugblatt „Die Lehren des 24. März“ die Beitragsperrung an den Parteivorstand durch die Organisationen propagiert hat?“

Die Kontrollkommission beschloß hierauf in die materielle Verhandlung des Falles Meyer einzutreten.

Nach dieser mit dem Parteivorstand, der Preschkommission und der Redaktion gepflogenen Verhandlung beschloß die Kontrollkommission dann in ihrer durch Statut vorgeschriebenen besonderen Sitzung, die zur Entscheidung gestellte Frage, ob der Genosse Meyer zu entlassen sei, durch Abstimmung über beide Fragestellungen zu entscheiden. Beide Fragestellungen verneinte sie mit Stimmengleichheit und hat dadurch die zwischen dem Parteivorstand und der Preschkommission entstandene Meinungsverschiedenheit, ob der Redakteur Meyer zu entlassen sei, im abschließenden Sinne beantwortet. Die Ansicht des Parteivorstandes, die Kontrollkommission habe sich selbst ausgeschaltet, ist durchaus irrig.

W. Bod., Vorsitzender der Kontrollkommission.

Gegen Bod wenden sich dann in der Sonntagsnummer des Vorwärts vier Mitglieder der Kontrollkommission mit folgender Aufschrift:

Zu der Erklärung des Vorsitzenden der Kontrollkommission in Nr. 126 des Vorwärts erwidern die Unterzeichneten, daß diese Ausführungen lediglich die persönlichen Anschauungen des Genossen Bod darstellen. Sie zeigen also nur, welche Schlussfolgerungen aus den Verhandlungen der Genosse Bod von seinem Standpunkt aus gezogen hat. Ohne auf die Einzelheiten einzugehen, müssen wir dem Vorsitzenden das Recht bestreiten, eine Erklärung über die Sache abzugeben, ohne sich vorher mit den übrigen Mitgliedern der Kontrollkommission zu verständigen. Vier Mitglieder sind außer dem Genossen Bod zur Zeit in Berlin, die also leicht zusammenberufen werden konnten. Wir glauben uns zu diesem Protest um so mehr berechtigt, als ein Mitglied der Kommission den Genossen Bod telegraphisch gebeten hatte, vor Abgabe einer Erklärung die Kontrollkommission zu einer Ansprache einzuberufen und ein zweites Mitglied ihn ebenfalls darauf aufmerksam machte, daß diese Erklärung vor der Veröffentlichung wenigstens den Mitgliedern zur Begutachtung unterbreitet werden müsse. Fr. Brühne, E. Ernst, H. Stubbe, A. Timm.

Die Preschkommission des Vorwärts

hat in ihrer Sitzung vom 9. Mai einstimmig folgenden Beschluß angenommen:

Die Preschkommission ersucht den Redakteur Genossen Meyer, trotz der öffentlichen Erklärung des Parteivorstandes auf seinem Posten auszuharren. Die dem Genossen Meyer von dem Geschäftsführer Hilker überhandte Kündigung ist nach dem Organisationsstatut der Partei rechtmäßig.

Aus den Organisationen.

Eine Konferenz des 1. badischen Wahlkreises (Konstanz) debattierte die Spaltung der Reichstagsfraktion im Hinblick auf die künftige Staatskraft der Partei. Der Widerstreit mißfiel aber für ihre Vorgehen weitestgehend mildernde Umstände zugebilligt werden. Auch die auf Urlaub befindlichen parteigenösslichen Feldherren crachteten die Einheit als das dringendste Erfordernis für die deutsche Arbeiterbewegung.

Das erweiterte Agitationskomitee (Vertreter der elf Reichstagswahlkreise, deren Reichstagskandidaten und der Bezirksvorstände) für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M. nahm in der am 7. Mai stattgefundenen Sitzung zu den Parteidifferenzen Stellung. In folgender Resolution kommt die Meinung dieser Körperschaft zum Ausdruck:

„Die am 7. Mai tagende Sitzung des erweiterten Agitationskomitees für den Bezirk Frankfurt a. M. lehnt die Politik der Fraktionsmehrheit entschieden ab und erklärt:

Wir fordern eine sozialistische Politik, getreu dem Programm der Partei und ihren Grundfäden auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes und getragen vom Geist und den Beschlüssen der Internationale. Von der Grundlage einer solchen Politik aber, die allein der Sozialdemokratie und den Interessen des Proletariats entspricht, ist die Fraktionsmehrheit weit entfernt. Letztere, im Zusammenhange mit dem aufs schärfste zu verurteilenden Vorgehen, welches die Fraktionsmehrheit in großer Verleugung der ihr zustehenden Befugnisse gegen die Genossen der Minderheit betrieb, rechtfertigt die Haltung der 18 Genossen, die sich zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft vereinigt haben und unsere Billigung finden.

Die Beschlüsse des Parteiausschusses, der sich längst als Teilnahmestills aller Maßnahmen des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit erwiesen hat, weisen wir zurück, indem

a) der Parteiausschuss, der nach § 21 des Organisationsstatuts der Partei lediglich eine autochthone Körperschaft gegenüber dem Parteivorstand ist, kein Recht hat, sich Beschlüsse anzumachen, die seine Befugnisse weit übersteigen;

b) der materielle Inhalt seiner Beschlüsse völlig einseitig und falsch, an Unbilligkeit gegen anderdenkende Parteigenossen kaum zu überbieten und bei den schwersten Konflikten innerhalb der Partei nur dazu angetan ist, Del ins Feuer zu gießen.

Die Haltung des Genossen Graf, der den Bezirk Frankfurt a. M. im Parteiausschuss vertreten, steht in striktem Widerspruch zu unsern Anschauungen.

Entscheidende Verurteilung und Zurückweisung verlangen die Maßnahmen des Parteivorstandes, wie sie jüngst wieder im Vorwärtskonflikt und in Duisburg in die Erscheinung getreten. Dieselben sind unvereinbar mit der demokratischen Selbstbestimmung der Parteigenossen der Kreise, die für die Parteimitglieder in Frage kommen. Die Maßnahmen des Parteivorstandes müssen den entschiedensten Widerstand aller Genossen finden, die nicht wollen, daß den Mitgliedern der Partei jedes entscheidende Recht über ihre eigenen Angelegenheiten verloren geht.“

In den Differenzen um das Parteiorgan nahm dieselbe Körperschaft nachfolgende Resolution gegen eine Stimme an:

„Das erweiterte Bezirkskomitee für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M. nimmt in seiner Sitzung am 7. Mai erneut zu dem Streit um die Volksstimme Stellung und erklärt:

Das Flugblatt des erweiterten Bezirksvorstandes und der Agitationskommission zum Pressestreik war durchaus im Sinne der bisherigen Beschlüsse des erweiterten Bezirksvorstandes und findet daher seine vollständige Billigung. — Die Mitwirkung der erweiterten Bezirksvorstandesmitglieder Büttmann und Zimmermann an der Herausgabe des Flugblattes war daher keine verwerfliche Handlung. Diese befehlen nach wie vor das Vertrauen des erweiterten Bezirksvorstandes, das ihnen durch die Resolution der Frankfurter Vertrauensmännerversammlung am 17. April abgesprochen wurde.

Die Verweigerung der Mitgliedsbeiträge des Frankfurter Wahlkreises an den Bezirksvorstand aus Anlaß des Pressestreiks ist der erste Schritt zum organisatorischen Bruch innerhalb der Bezirksorganisation.“

Die Organisation des 10. württembergischen Reichstagswahlkreises (Göppingen-Gmünd) nahm auf ihrer Generalversammlung eine Resolution an, die die Politik der Fraktionsmehrheit billigt. — Diese Organisation ist eigentlich eine „Sonderorganisation“. Man hatte sie gegründet, trotzdem der alte Kreisverein, der die Politik der Fraktionsmehrheit nicht billigte, noch zu Recht bestand.

Der Streit in der schwedischen Partei.

Stockholm, 11. Mai. (M. T. B.) Die Zeitung der sozialdemokratischen Partei hat eine Erklärung gegen die Sonderbestrebungen angenommen, die in der letzten Zeit innerhalb der Partei hervorgerufen sind, indem ein Teil gegen die Führung der Partei Stellung genommen und sich der Zimmerwalder Politik angeschlossen hat. Drei Mitglieder der Zeitung haben infolgedessen ihre Plätze innerhalb der Redaktion auf. Die Parteileitung hat auch eine Erklärung gegen die Bestrebungen der Zimmerwalder-Konferenz erlassen, daß die anwesenden Schweden kein Mandat von der sozialdemokratischen Partei Schwedens gehabt haben.

Eingelaufene Schriften.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 8. Heft vom 2. Band des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervorzuheben: — eine Lehre. Von Ed. Bernheim. — Um die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung. Von R. S. — Zur Industrialisierung Ostasiens. Von D. Jenßen. (Schluß). — Die Angelegenheiten während der Kriegszeit. Von Fritz Ohlhof. — Literarische Rundschau: Louise Fleck. Zur Frage der Franzosenverbände während des Krieges und nachher. Von ad. br. R. Mittel, Eduard Pfeiffer und die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung. Von S. Pfeiffer. Kurt Hilbrich, Bulgarien und die Bulgaren. Von E. G. — Anzeigen: Konrad Saenisch, Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkrieg. — Notizen: Zur Entwicklung der Elektrizitätsindustrie in Deutschland. Von etz.

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist unser soeben Nr. 17 des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer seien wir hervorzuheben: Die Indersfrage. — Ein drohender Krieg der Geschlechter. — Die Leistungen der reichsgesellschaftlichen Hinterbliebenenversicherung. Von F. Kl. — Aus der Bewegung: Wilhelm Voß zum 70. Geburtstag. — Frieda Rühlmann-Samburg f. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizen: Für den Frieden. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Geselliger Arbeiterinnenklub.

Gefahr-Vorbringen und die Sozialdemokratie. Von Hermann Wendel, M. d. R. Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 40 Pf., Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Dokumente zum Weltkrieg. Herausgegeben von Eduard Bernstein. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin. — Das 14. Heft dieser Sammlung: Das deutsche Weltbild, 2. Teil, liegt nunmehr vor. Preis 60 Pf. Das Heft enthält die Wiedergabe der Veröffentlichungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung.

Wie lehrte ich? Die Vorträge über Geschlechtslehre in Oesterreich. Erörterungen zu den Gesetzen samt Beispielen, von Genaden von Dr. Fritz Wintler. 50 Seiten Hart. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Franz Brand u. Co., Wien, VI. Gumpendorfer Straße Nr. 18. Preis 40 Heller.

Sächliche Angelegenheiten.

Eine Anerkennung?

Das Ministerium des Innern hat dem Landtagsabgeordneten Genossen Julius Fräßdorf, der von seinem seit 21 Jahren geführten Amte als Vorsitzender der Ortskrankenkasse Dresden scheid, eine künstlerische Anerkennungsurkunde folgenden Wortlauts überreichen lassen:

Der Vorsitzende der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Dresden, Herr Karl Julius Fräßdorf, hat bei dem vom Ministerium des Innern während des Krieges zur Verhütung eines Notstandes und zur Hebung der allgemeinen Wohlfahrt getroffenen Maßnahmen, insbesondere bei den Arbeiten des Landesauschusses für Kriegsgeld,

mit großem Eifer und bewährter Sachkenntnis dem öffentlichen Wohle wertvolle Dienste geleistet und dadurch beigetragen, der Bevölkerung ihre pflichtmäßige und zuverlässige Teilnahme zu bewahren. Nicht minder würdige das Ministerium des Innern die segensreiche Tätigkeit, welche die bisher von ihm geleitete Dresdener Allgemeine Ortskrankenkasse sowie die übrigen den Verbände sächsischer Ortskrankenkassen angehörenden Kassen während des Krieges entfaltet haben, und es nimmt deshalb gern Veranlassung, Herrn Frähdorf für seine gemeinnützige Wirksamkeit seine dankbare Anerkennung auszusprechen.

Auch das Versicherungsamt der Stadt Dresden sowie der Vorstand der Ortskrankenkasse haben Genossen Frähdorf in einem Schreiben den Dank für die von ihm der Kasse geleisteten wertvollen Dienste ausgesprochen und dabei dem Wunsche Ausdruck verliehen, daß es ihm noch lange vergönnt sein möge, seine Arbeitskraft und seine Erfahrung auf dem Gebiete der sozialten Gesetzgebung zu betätigen.

Durch die Abänderung der Reichsversicherung wählt der Vorstand einer Ortskrankenkasse den Vorsitzenden nicht mehr durch Mehrheit, sondern die Vertreter der Unternehmer wie die Arbeiter wählen für sich, so daß die Unternehmer, obwohl sie nur den dritten Teil der Mitglieder des Vorstandes ausmachen, bei der Wahl des Vorsitzenden doch ebensoviel Stimmrecht haben wie die Arbeitnehmer. Kommt keine Einigung zustande, dann legt die Behörde einen Kommissar ein. Durch diese Abänderung haben die Unternehmer in vielen Ortsklassen, wo Vertreter der Arbeiter in gleich verdienstvoller Weise als Vorsitzende gewirkt haben wie Genosse Frähdorf in Dresden, eine Wiederwahl langjähriger Vorsitzender — so auch in Leipzig — verhindert. Das Lob, das das Ministerium des Innern, das Versicherungsamt usw. dem Genossen Frähdorf spenden, wirkt deshalb unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse recht eigentümlich.

### Eine Kreditbriefanstalt.

Der sächsische Sparkassenverband hat in Dresden die Gründung einer Kreditbriefanstalt sächsischer Gemeinden beschlossen. Diese im Wege eines Gemeindeverbandes ins Leben zu rufende Anstalt soll in erster Linie dazu dienen, die bei der Beschaffung zweier Hypotheken hervorgerufenen Schwierigkeiten zu beheben, und zwar in der Weise, daß den zum Verband gehörenden Gemeinden durch Ausgabe minderbekannter Kreditbriefe, für die sämtliche Verbandsgemeinden haften, die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die sie ihrerseits zum gleichen Zinssatz, wie sie sie vom Verband erhalten, gegen zweite Hypotheken an den Grundbesitz verleiht. Der Verband, die darlehensgebende Gemeinde und ein aus den Hypothekeneinräumern eines Ortes zu bildender Gastverband tragen je ein Drittel etwaiger Verluste, die dabei entstehen. Weiter soll die Kreditbriefanstalt dem allgemeinen Kreditbedarf der sächsischen Gemeindeverwaltungen dienen, wie es nach Ende des Krieges zweifellos eintreten wird. Besonders sollen den kleineren Gemeinden die gleichen Vorteile zugewendet werden, die die großen Städte bei Beschaffung von Mitteln durch die Ausgabe kurzfristiger Anleihen genießen.

### Anfiedlung von Kriegsteilnehmern.

Das Gesetz über die Anfiedlung von Kriegsteilnehmern wird amtlich veröffentlicht. Es bestimmt u. a.: Die Reichshauptmannschaft Dresden als Generalkommission für Abfindungen und Gemeinheitsteilungen hat die Anfiedlung von hierfür geeigneten Teilnehmern an dem gegenwärtigen Kriege, insbesondere von Kriegsteilnehmern, zu vermitteln. Zu diesem Zwecke wird ihr ein beratender Ausschuss zur Seite gestellt, dessen Mitglieder von dem Ministerium des Innern nach Gehör des Landesstatistars und des Landesrats der Stiftung Heimatabend berufen werden. Die Bezirksverbände haben bei der Anfiedlung von Kriegsteilnehmern mitzuwirken und hierbei den Aufträgen der Generalkommission Folge zu leisten. Sie werden ermächtigt, zu diesem Zwecke geeignete Land zu erwerben und an die Anfiedler zu verkaufen oder Erbbaurecht daran zu bestellen, die Anfiedlungsstellen zu beleihen oder für die Kauf- und Baugelohnposten gemeinschaftlich mit der Gemeinde des Anfiedlungsortes Bürgerschaft zu übernehmen. Die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen näheren Bestimmungen werden vom Ministerium des Innern getroffen.

Meißen. Die Stadtverordneten berieten über einen Antrag des Rates, wonach sich die Stadt mit 25 000 Mk. am Stammkapital der Reichsbank zur Beteiligung an der Errichtung einer sächsischen Städteverbände erboten in der Gründung der Gesellschaft eine Schlichtung der kleinen Geschäftslücke. Die Militärbehörde habe schon alles beschlaghaft, die Geschäftslücke wolle aber auch leben „und zwar anständig“. Oberbürgermeister Dr. Ay bemerkte, daß es Pflicht der Beeresleitung sei, zuerst das Meer flüchtigen. Die Gesellschaft werde gebildet vom Reich, den Bundesstaaten, den Städten und der Industrie. Schon daraus gehe hervor, daß die Gesellschaft nicht Geschäfte machen wolle, sondern zu gemeinnützigen Zwecken gearbeitet werde. Da die Wasserstoffe nicht ausreichen, bestehe die Gefahr einer Notlage, der die Gesellschaft vorbeugen wolle. Der Verkauf werde ohnehin den Geschäftslücken übertragen werden müssen. Nach diesen Ausführungen erfolgte die einstimmige Annahme der Vorlage.

Witten. Nach einer Bekanntmachung des Stadtrats werden die Fleischmärkte künftig nur Donnerstags und Sonnabends geöffnet sein.

Freiberg. Der Rat bewilligte für die Monate Mai, Juni, Juli Mittel zur Gewährung von Beihilfen an Kinderbewerber zur Beschaffung von Lebensmitteln. Es sollen auf Antrag bezahlte Beihilfen gewährt werden an hiesige Familien, in denen das jährliche Gesamteinkommen des Mannes und der Frau 1000 Mk. jährlich nicht übersteigt, und an alleinstehende erwachsene Personen, deren jährliches Einkommen 500 Mk. nicht übersteigt.

Zwickau. Der Gemeinderat in Oberplanitz beschloß in seiner letzten Sitzung, den Gemeindeeinkommensteuersatz auf 200 Prozent des Staatseinkommensteuersatzes festzusetzen. Es werden also auf 1 Mk. Staatseinkommensteuer 2 Mk. Gemeindeeinkommensteuer erhoben.

Johanngeorgenstadt. Die größte Glasfabrikfabrik im hiesigen Orte von E. Cohn, deren Inhaber Amerling ein in San Francisco wohnender, ist geräumt worden. Sämtliche fertigen und halbfertigen Waren sowie Leber wurden nach Holland gebracht. Die arbeitslos gewordenen Einwohner fanden in Süddeutschland Unterkunft.

Eine junge Stimmföhrin und Brandstifterin hatte sich in Chemnitz vor den Geschworenen zu verantworten. Die 19jährige, bisher unbescholtene Dienstmagd Hoppe aus Ringethal bei Wittweba war angeklagt und geschädigt, am dritten Weihnachtstag 1915 ihrem Dienstherrn in Ottendorf Neesitz in die Kaffeekasse getan zu haben, in der Absicht, ihn an seiner Gesundheit zu schädigen, und am anderen Tage, da der Vergiftungsversuch misslungen war, sein Wohnhaus in Brand gesetzt zu haben, das bis auf die Umfassungsmauer niederbrannte. Und das alles, um aus dem Jahr nicht zulassenden Dienst wegzukommen. Sie wurde zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Die 70jährige, schwerhörige Postkutschmutter Hegewald in Gladshütte wurde bei einem Bahnübergang vom Zuge erfasst und ein Stück fortgeschleift. Der Zug hielt sofort, nahm die Verunglückte auf und brachte sie nach dem Bahnhof. Sie starb auf dem Transport ins Krankenhaus. — Als der zur Zeit vom Militär beurlaubte Straßenwärters Dunsch aus Klingenthal auf einer steil abfallenden Straße

in Brunnsbrä mit dem Rade von einem Dienstraße nach Unterlahnsberg zurückfuhr, überquerte ein achtfähriger Knabe die Straße, um schnell noch einen Brief zu dem um diese Zeit abgehenden Briefpost zu bringen. Der Radfahrer war trotz starken Bremsens nicht instande, rechtzeitig zu halten, er überfuhr den Jungen, überschlug sich und blieb betäubungslos liegen. Der herbeigerufene Arzt stellte einen Rippen- und Schlüsselbeinbruch sowie leichte Gehirnerschütterung fest. Der Mann wurde in das Kreis-Krankenhaus Zwickau gebracht. Auch der Junge trug stark blutende Wunden davon.

## Aus den Nachbargebieten.

### Die Vereinigung der beiden Schwarzburgen.

In Arnstadt tagte die Konferenz zur Vorbereitung der Vereinigung der Thüringischen Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sonderhausen. Von den Landtagen der Thüringischen Schwarzburg-Abgeordnete und außerdem je 3 Regierungsvertreter anwesend. Die Konferenz nahm folgende Beschlüsse an, die den Landtagen noch zur Besprechung und Beschlussfassung vorgelegt werden müssen: 1. Der Ausschuss hält den Zusammenschluss der beiden Thüringischen Schwarzburg-Abgeordnete für zweckmäßig und durchführbar. 2. In der Wahlrechtsfrage ist der Ausschuss der Ansicht, daß beide Landesparteien mit der gleichen Zahl von Abgeordneten vertreten sind. Er hält folgende Zusammensetzung für empfehlenswert: 4 vom Landesherren ernannte Mitglieder, 12 Wählervereine, 10 Abgeordnete aus allgemeinen Wahlen bei gleichem, direktem und geheimelem Wahlrecht aller über 25 Jahre alten männlichen Staatsbürger. 3. In der Kammerfrage ist der Ausschuss der Ansicht, daß eine einheitliche Gestaltung des Kammerrechts notwendig ist. Es ist daher eine reale Teilung des Kammerrechts zwischen Staat und Kammer, ähnlich wie in Ostth., erstrebenswert. 4. Die Aufstellung der Haushaltspläne beider Staaten hat nach gleichen Gesichtspunkten zu erfolgen. 5. Als künftiger Sitz der Regierung wird Arnstadt vorgeschlagen. — Bei der Art der Zusammenfassung des Rudolstädter Landtages dürfte an eine Annahme der Teilfrage über die Wahlrechtsfrage nicht zu denken sein. Wenn die Vereinigung der beiden Thüringischen Thüringischen aber zustande kommt, müssen sich auch Bundesrat und Reichstag mit der Frage befassen, da sie die Reichsverfassung berührt.

Falle a. 2. Der Haushaltsausschuss beschloß, die Feuerungszulagen der hiesigen Arbeiter und Beamten mit einem Einkommen bis 2000 Mk. abermals zu erhöhen in der Weise, daß die Kinderzulagen für Familien mit 1 Kind von 2.40 auf 2.70 Mk., mit 2 Kindern von 2.70 auf 3.00 Mk. und für jedes weitere Kind um 00 Pfennig erhöht werden.

Magdeburg. Der Gutbesitzer Gustav Pflümecke in Langenweddingen wurde vom Schöffengericht Wangleben wegen Vergehens gegen die Bekanntmachung des Bundesrats vom 28. Juni 1915 zu 3000 Mk. Geldstrafe event. 300 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte, ein Millionär, hatte im November 1915 an die Mühlenwerke zu Magdeburg 400 Zentner beschlagnahmten Weizen abgeliefert, denen er unerlaubt 20 Zentner Hintertorn beigegeben hatte. Die hiesige Berufungskammer hob nach nochmaliger Verhandlung das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei, da seine Schuld nicht mit Sicherheit festgestellt werden konnte.

Berenburg. Auf welche Weise die Verteuerung der Lebensmittel herbeigeführt wird, zeigt das Beispiel des Spinnatverkaufs auf dem hiesigen Wochenmarkt. Bisher kostete dort das Pfund Spinnat 25 Pf. Jetzt werden plötzlich große Rabatte Spinnat angefahren und mit 7 Pf. das Pfund verkauft, um die großen Vorräte überhaupt unterzubringen. Dabei stellte sich nun auch heraus, daß die Händler von Anfang an nicht mehr als 6 Pf. für das Pfund an die Produzenten auf dem Lande bezahlt haben.

## Aus der Umgebung.

### Neue Verordnung über Hauschlachtungen.

Das sächsische Ministerium veröffentlicht folgende Verordnung: Die in § 2 Absatz 2 der Verordnung über Schlachtgenehmigungen vom 28. April dieses Jahres ausgesprochene Beschränkung der Hauschlachtungen hat an manchen Orten, namentlich an solchen ohne Fleisch-, zu wirtschaftlichen Missetaten geführt. Die Kommunalverbände werden deshalb ermächtigt, Hauschlachtungen auch über den in der angezogenen Bestimmung gegebenen Rahmen hinaus dann zu genehmigen, wenn die örtlichen wirtschaftlichen Verhältnisse, namentlich die Rücksicht auf die Ferkelausicht, dies notwendig machen.

Insbefondere können Hauschlachtungen dann nennenswert werden, wenn von dem gewonnenen Fleisch diejenige Menge, die den zulässigen Verbrauch (auf den Kopf der Wirtschaft berechnet) übersteigt, an andere, nicht zum Hausstande des Hauschlächters gehörige Personen so abgegeben wird, daß von diesen der zulässige Verbrauch (auf vier Wochen gerechnet) nicht überschritten wird.

Bevorzugte Berücksichtigung sollen Hauschlachtungen in der Regel nur dann finden, wenn der Geschlächter sich verpflichtet, mindestens ein Schwein an Stelle des geschlächterten zur Mast wieder aufzustellen.

### Notchlachtungen.

Auf Grund der Bekanntmachung über Fleischversorgung vom 27. März 1916 ist mit Ermächtigung der Landeszentralbehörden für den Umfang der Provinz Sachsen folgende Anordnung erlassen: Die Frist für die Anzeige von Notchlachtungen wird auf 24 Stunden nach der Schlachtung verkürzt. Zur Anzeige sind außer den Schlächtern und den Fleischbeschauern auch die Fleischhändler verpflichtet. Das Fleisch aus Notchlachtungen ist in jedem Falle an eine von dem Kommunalverband oder der Gemeinde zu bezeichnenden Stelle abzuliefern. Der Verkäufer ist verpflichtet, die Fleischstücke der Entscheidung der Fleischbeschaurendung endgültig durch den Regierungspräsidenten. Bei der Festlegung ist die Güte und Wertbarkeit des Fleisches zu berücksichtigen; die Zubereitung des Fleischpreises wird bei Notchlachtungen in der Regel nicht gerechtfertigt sein.

### Der Kampf gegen die Blutlaus in Leipzig-Land.

Um einer Verbreitung der Blutlaus vorzubeugen, werden seitens der Amtshauptmannschaft Leipzig sämtliche Besitzer und Pächter von Obsthäusern des amtshauptmannschaftlichen Bezirks angewiesen, die Vertilgungsmaßnahmen gegen die Blutlaus sofort aufzunehmen. Die Vertilgung der Blutlaus, sowie die besten Vertilgungsmaßnahmen sind in einer gedruckten Anweisung zusammengefaßt, die auf den Gemeindevorstern zur Kenntnisnahme ausliegt. Das Unterlassen der vorgeschriebenen Vertilgungsmaßnahmen soll mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft werden. Die Amtshauptmannschaft wird durch ihre mit besonderem Auftrag versehenen Sachverständigen die Ausführung der Vertilgungsarbeiten nachprüfen lassen.

### Viehweidenzählungen.

Am 22. Mai und am 15. jedes folgenden Monats hat eine Viehweidenzählung stattzufinden. Sie erstreckt sich auf Rindvieh, Schafe und Schweine. Viehhalter, die den mit Vorname der Zählung beauftragten Führern den Zutritt zu ihrem Gehöft oder die erforderliche Auskunft über ihren Viehbestand verweigern oder diese unrichtig oder unvollständig erteilen, oder die eine von der unteren Verwaltungsbehörde vorgeschriebene Anzeige hierüber unrichtig, unvollständig, verspätet oder überhaupt nicht erstatten, wer-

den mit Haft bis zu sechs Wochen oder mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. bestraft.

### Viehschlachten durch Flugzeuglandungen.

Der bei Flugzeug-Notlandungen entstehende Viehschlachten wird erfahrungsgemäß trotz dringender Warnungen seitens der Flugzeugführer in der Hauptsache von den Zuschauern (Ortsbewohnern usw.) verursacht. Die Beeresverwaltung kommt für den durch die Zuschauer bewirkten Viehschlachten nicht auf, vielmehr können dafür nur die Zuschauer selbst haftbar gemacht werden. Die Bevölkerung wird hierauf aufmerksam gemacht und gewarnt.

Engelsdorf. Matrelen- und Perlingverkauf. Der hiesige Ernährungsausschuss veranstaltet heute Dienstag, abends von 7-8 Uhr, in der Schule wiederum einen Verkaufabend. Die Matrelen kosten das Pfund 85 Pf., die Perlinge das Stück 23 Pf., zwei Stück 45 Pf.

Jwenkau. Nahrungsmittel. Perling, prima, 1 Stück 20 Pf., bei Wippold, Konsumverein, Schuppe, Thate, Meißner, Kühn, Wöhrdorf, Riesel, Gralchen und Stein. Beim Konsumverein noch kleine Perlinge 1 Stück 18 Pf. — Klarer Zucker das Pfund 20 Pf., bei Wippold, Konsumverein, Meißner, Günsel, Kühn, Schuppe, Stein und Thate. Die Zuckerarten können in der Kartexpedition entnommen werden. — Rindfleisch bei Scherf ohne Abgabe von Fleischmarken. Das Pfund 4 Mk. Familien bis mit drei Köpfen erhalten 1/2, härtere Familien 1/3 Pfund. Die Abgabe wird auf der Kartoffelkarte vermerkt.

Witten. Fleischverkauf. Um eine ordnungsmäßige Abwicklung des Fleischverkaufs und eine möglichst gleichmäßige und gerechte Verteilung der der Stadtgemeinde zugewiesenen geringen Fleischmengen zu gewährleisten, werden mit der nächsten Protokollausgabe an alle Haushaltungen hiesige Fleischkarten auszugeben, die beim Einkauf von Fleisch stets gleichzeitig mit der Landfleischkarte dem Fleischverkäufer vorzulegen sind. Letzterer trägt in diese Karte die vom Käufer entnommene Fleischmenge ein. Ohne die gleichzeitige Vorlegung dieser hiesigen Fleischkarte darf kein Fleisch verabreicht bzw. entnommen werden.

Witten. Kartoffelkarten. Alle Inhaber von hiesigen Kartoffelkarten werden hiermit ermahnt, letztere zur Verlingerung der Gültigkeitsdauer bis zum 16. d. M. abends an die hiesige Kartoflexlei abzugeben. Die Rückgabe der Karten erfolgt gleichzeitig mit der nächsten Protokollausgabe.

Witten. Ehrenberg. Aus dem Gemeinderat. Von den Klassenbeschlüssen der Gemeinde- und Sparkasse pro April wurde Kenntnis genommen. Dem Gemeinderat lag der von der Beratungsstelle für Wohnungspläne des Landesvereins Deutsches in Dresden ausgearbeitete Verbesserungsvorschlag zum hiesigen Ortsbebauungspläne vor, insbesondere hatte darin die von der Firma Franz Schlobach hier projektierte Industrieanlage Aufnahme gefunden. Das nördlich der Luppe gelegene Gelände ist aus dem Pläne ausgeschlossen worden. Der Gemeinderat beschloß, von dem Angebot der Beratungsstelle, dem Gemeinderat in einer Sitzung den Plan näher zu erläutern, Gebrauch zu machen, und verließ im übrigen die gesamte Angelegenheit zunächst an den Bauausschuss. Der Erhöhung des Schienenräumerlohnes um 8 Pf. pro Stunde wurde zugestimmt. Von dem Ergebnis der chemischen Untersuchung der Schienenwässer durch Herrn Dr. Eich nahm man Kenntnis, und ist man damit einverstanden, daß noch eine Untersuchung an Ort und Stelle vorzunehmen ist. Mit der Aufhebung der Grabverpachtung an Häusern, Wegen usw. erklärt man sich einverstanden, auch mit der Grabung von Wasserwerkgrundstücken. Der Antrag der Übergangsbahnbrücke muß wegen Farbemangels dieses Jahr unterbleiben. Von der Forderung des Brennereibesetzers durch die Sommerzeit, Abtreiben 9 1/2 Uhr und Schluß 11 Uhr, nimmt man Kenntnis. Die Abgabe von fünf Tonnen Matrelen an L. Großschäfer wurde beschlossen. Von der Prüfung der Armenkassenrechnung 1914, der Wasserwerkstätte und Feuerlöschkasse nahm man Kenntnis und beschloß die Klärung derselben. Das Gesuch der Maschinenfabrikantin Kollat um Gehaltsrückzahlung findet seine Erledigung dadurch, daß vorz. 1. April rückwirkend 10 Mk., und am 1. Juli abwärts 10 Mk. pro Monat bewilligt werden. Eine Klage des Alchemiearbeiters Schuster, daß hiesige Fabrik- und Hausbesitzer ihre Installationsarbeiten durch auswärtige Klempner ausführen lassen und sich an den gefassten Beschluß, zunächst die Einheimischen zu berücksichtigen, nicht halten, kommt zur Kenntnis. Man beschloß, ein Schreiben an die Fabrik- und Hausbesitzer zu richten.

Witten. Ehrenberg. Aus dem Schulvorstand. Der Haushaltsplan wurde in seinen einzelnen Positionen durchberaten und einstimmig angenommen. Der Bedarf beträgt 102 000 Mk. (im Vorjahre 103 000 Mk.); die Deckungsmittel betragen 80 000 Mk. (im Vorjahre 82 100 Mk.), so daß ein Fehlbetrag von 22 000 Mk. (im Vorjahre 21 800 Mk.) aufzubringen ist. Von der Mitteilung einer Reifeprüfung und von Reparaturen des Schulhauses wurde Kenntnis genommen. Eine Verfügung der Bezirkschulinspektion, betreffend das Rauchverbot für Fortbildungsschüler, erledigt sich dadurch, daß das Verbot schon in der Schulordnung enthalten ist. Von der Einberufung des Lehrers Wiedel zum Militär nahm man Kenntnis. Die Anstellung des Vikars Vogel als Hilfspfleger (derselbe ist Kriegsveteran) durch die Bezirkschulinspektion wurde bekanntgegeben. Von der Genehmigung der Vergabe eines Schulzimmers für die Säuglingspflege seitens der Bezirkschulinspektion wurde Kenntnis genommen. Von einer Verfügung über die Aufklärung der Kinder durch die Lehrer wegen der Beschränkung in den Nahrungsmitteln nahm man Kenntnis. Dem Antrag an das Generalkommando, daß der Schulhausmann Floß nach Leipzig verlegt wird, wurde zugestimmt. Man beschloß, die Bilgabelungsanlage prüfen zu lassen. Der Antrag, daß die Schulausflüge von Kindern nicht den ganzen Tag in Anspruch nehmen sollen, will man während des Krieges soviel wie möglich entgegenkommen.

Witten. Ehrenberg. Kartoffelverkauf. Imputationen; Butte r a g a d e. Die Gemeinde abt Mittwoch, den 17. d. M., in der früher Kapellen Schöne größere Posten Kartoffeln an die hiesigen Einwohner ab. Der Preis pro Zentner stellt sich auf 8.50 Mk. Die Ausgabe beginnt 1 Uhr nachm. — Die diesjährigen öffentlichen Imputationen finden Donnerstag, den 18. Mai, nachmittags 4 Uhr, in der hiesigen Schule statt. Alles Nähere wolle man an den Anschlagtafeln erfahren. — Diesen Mittwoch, von vormittags 7 Uhr ab, wird in den Geschäften von Bauer und Peyerl Butter ausgegeben. Auf die blaue Karte wird 1/2 und auf die gelben Karten 3/4 Pfund abgegeben. — Durch die hiesigen Kaufleute sind Schnittmüden gegen Vorzeigung der auf den hiesigen Ort ausgefertigten blauen Winterkarten zu verkaufen. Das Pfund stellt sich auf 51 und 72 Pf. Er darf nicht mehr als 1 Pfund auf eine Haushaltung abgegeben werden.

Witten. Ehrenberg. Kartoffelmangel. Eine vielversprechende Anzeige erließ ein Herr Fiedler-Quering in den hiesigen Blättern. Es heißt darin: „Als Mitglied der Preisprüfungsstelle ist mir bekannt, daß später, vielleicht schon Ende Juni, in den Städten und größeren Landgemeinden des Reiches ein größerer Mangel an Kartoffeln eintreten wird. Ich richte daher an alle Landwirte die dringende Bitte, doch recht sparsam in ihrer Wirtschaft mit den Kartoffeln umzugehen und keine guten Kartoffeln mehr an das Vieh zu verfüttern. Denke keiner, auf seine paar Kartoffeln kommt es nicht an, sondern beherzige jeder das Wort: „Viele Wenig machen ein Viel.“ Es kommt auf den einzelnen Zentner an.“ — Daß es mit den Kartoffeln hapert, und zwar schon jetzt und nicht erst Ende Juni, beweist die Tatsache, daß die Wochenrationen mancherorts erheblich herabgesetzt worden sind. So beispielsweise in Leipzig von 7 auf 5 Pfund. Und ob mit diesem Quantum „durchgehalten“ werden kann, ist auch noch eine große Frage.

# Gewerkschaftsbewegung.

## Reichskonferenz der Bauarbeiter.

k. r. Hamburg, 15. Mai 1916.

Im Hamburger Gewerkschaftshaus trat gestern die Reichskonferenz des Deutschen Bauarbeiterverbandes zusammen, um zu den Ergebnissen der Tarifverhandlungen Stellung zu nehmen. Die Konferenz besteht aus etwa 70 gewählten Vertretern der Zweigvereine, aus den Bezirksleitern, den Mitgliedern des Verbandsauschusses und dem Verbandsvorstande.

Die Verhandlungen wurden von dem Verbandsvorsitzenden Paepelow eingeleitet. Es sei vielleicht notwendig, sich einmal gründlich und grundförmig mit der Tarifpolitik des Verbandes zu beschäftigen. Man müsse sich einmal darüber klar werden, ob man den Reichstarif wolle oder nicht. Bisher habe sich bei uns nach jeder Tarifbewegung eine Mißstimmung gezeigt, die sich nicht nur gegen die materiellen Ergebnisse richtete, sondern den Reichstarif an sich anfeindete. Der Verhandlungskampf sei außerordentlich hart und schwer gewesen. Die Unternehmer pochten auf die Vertragsverlängerung im Holzgewerbe, die ohne Teuerungszulage vereinbart worden sei, auf die im Holzgewerbe bewilligte Teuerungszulage von 5 und 6 Pfg. auf die Teuerungszulage bei den Beförderung, die sich auf der gleichen Linie bewegten; aber sie pochten auch auf den Belagerungszustand, der die Arbeiter hindere, ihre Interessen mit Nachdruck zu vertreten. Es sei jedoch anzuerkennen, daß sich die militärischen Kommandostellen dort, wo es sich um militärische Bauten handelt, oft auf die Seite der Arbeiter gestellt und gehoben haben, den Widerstand der Unternehmer gegen eine Teuerungszulage zu überwinden. So habe man in der Verhandlungskommission einen harten Stand gehabt, denn es sei unter starkem Druck den Unternehmern abgerungen worden. So, wie die Vorschläge heute sind, entspricht sie der Verhandlungskommission und die Unterhandlungskommission zur Annahme. Besseres wäre es den Kollegen an weiteren Orten mit besonders günstigen Verhältnissen möglich, eine etwas höhere Zulage herauszuschlagen, aber für die Mehrheit der Verbandgebiete und -kollegen sei das Verhandlungsergebnis so, daß man auch durch Kompromisse nicht darüber hinauskommen könne. Bisher läge nur ein Protest gegen die Annahme der Vorschläge vor, der aus Düsseldorf kommt, wo man einige Sperren habe aufheben müssen, um den Weg für neue Verhandlungen freizumachen. In diesem Protest werde gesagt, daß die gebotenen Zulagen der Teuerung nicht gerecht würden, aber daß sie für keinen Streit. Aber hier handelt es sich darum, einen festen Boden für die Stellung der Organisation zu schaffen, den sie brauche, wenn sie eine gesaltene und mitbestimmende Kraft im Gewerbe bleiben wolle. Die Schläge sei ganz klar und gefalte die Entscheidung ohne lautes Reden und Schwanken. Wo sich bei der Durchführung der Teuerungszulagen Schwierigkeiten ergeben sollten, seien zunächst die Tarifinstanzen anzurufen. Der Verbandsvorstand schlage vor, für etwa notwendig werdende Sperren die Streikunterstützung um 3 Mk. pro Woche zu erhöhen.

Die hiernach einschleude kurze Diskussion verlief in der Hauptsache im Sinne des Verbandsvorstandes. Bei der Abstimmung wurden seine Vorschläge einstimmig angenommen. Gegenwärtige Stimmen wurde sodann beschlossen, für Arbeitsverhältnisse, die etwa zur Durchführung der Vorschläge notwendig würden, die Streikunterstützung um 3 Mk. pro Woche zu erhöhen.

Danach berichtete Dörschel über die Verhandlungen im Stahlgewerbe. Mit dem süddeutschen Unternehmerverband sind dieselben Teuerungszulagen vereinbart worden, wie sie die Vorschläge für das Holzgewerbe bringen. Für Westdeutschland gehen die Verhandlungen noch weiter.

Damit sind die Verhandlungen über die Tarifbewegung beendet. Die weiteren Beratungen betreffen interne Angelegenheiten und entscheiden des öffentlichen Interesses.

### Eine Verlängerung des Tarifvertrags im Buchbindergewerbe für die drei Tarifstädte Leipzig, Berlin und Stuttgart.

Nach erheblichen Schwierigkeiten, nachdem die ersten Verhandlungen am 29. Februar wegen unzureichender Zugeständnisse abgebrochen werden mußten, ist es am 8. Mai zu neuen Tarifverhandlungen mit den Prinzipalen gekommen. Auch in dieser neuen Verhandlung hat es wiederholt den Anschein erweckt, als solle es zu einer friedlichen Verständigung nicht kommen. Schließlich haben sich aber doch die Arbeitervertreter zu einer Verlängerung um ein Jahr entschlossen, nachdem die Arbeitgeber sich bereit erklärt, für einen erheblichen Teil der Buchbinderarbeiterschaft Teuerungszulagen zu gewähren, und zwar auf folgender Grundlage:

Die Kündigung des Tarifs wird aufgehoben, der Tarifvertrag bis zum Friedensschluß, mindestens aber um ein Jahr vom 1. Juli 1916 an verlängert. An Teuerungszulagen werden gewährt mit Wirkung vom 1. April 1916 an:

1. männlichen Arbeitern mit einem Lohn bis 53 Pfg. in der Stunde 3 Pfg.	
von 54 " 60 " " " " " "	4 "
" 61 " 65 " " " " " "	5 "
" 66 " 70 " " " " " "	3 "
" 71 " 75 " " " " " "	2 "
2. Arbeiterinnen mit einem Lohn von 29 bis 35 Pfg. in der Stunde 3 Pfg.	
" 36 " 38 " " " " " "	2 "
" 39 " 40 " " " " " "	1 "

Die seit dem 1. Dezember 1915 freiwillig gewährten Kriegszulagen oder Lohnerhöhungen sind bei Berechnung der Teuerungszulagen in Anrechnung zu bringen.

Außer den zugedachten Stundenlohnzulagen sind noch folgende Vereinbarungen getroffen, die erst mit Wirkung vom heutigen Tage in Kraft treten:

- Es wird für alle Kinder unter 14 Jahren einschließlich derer von Witwen und Waisen eine besondere Kinderzulage von monatlich 2 Mk. gezahlt, ungeachtet der sonstigen Lohnhöhe.
- Akkordarbeiter, die nach ihrer in der Woche geleisteten Arbeitszeit nicht mehr als 65 Pfg. in der Stunde verdient haben, erhalten eine Kriegszulage von 5 Pfg. die Stunde. Die Unterstellungen für Akkordarbeiter werden monatlich gezahlt, bei Kündigung seitens der Prinzipale anteilig verrechnet.
- Für alle Hausarbeiten werden auf die bestehenden Akkordsätze 10 Prozent Teuerungszulage gewährt, die wöchentlich verrechnet werden.

Die Einkommenssätze mit der Teuerungszulage dürfen künftigen Tarifverhandlungen nicht als Basis zugrunde gelegt werden. Für alle Meinungsverschiedenheiten über die Teuerungszulagen können die zuständigen Tarifschlichter angerufen werden.

Man hat lange geschwankt, ehe man sich dazu entschlossen hat, unter den gegebenen Verhältnissen für eine Verlängerung zu stimmen. Lediglich mit Rücksicht auf den Umstand, daß man nicht wissen könne, wie in der nächsten Zukunft die Arbeitsverhältnisse sich gestalten würden, und mit Rücksicht darauf, daß man nach Beendigung des Krieges mit einer großen Arbeitslosigkeit rechnen müsse, hat man sich zur Annahme dieser Zugeständnisse bereit erklärt.

In einer Versammlung der Leipziger Buchbinder wurde bemängelt, daß die Arbeitgeber nicht größere Zugeständnisse gemacht hätten, daß, was vereinbart wurde, sei völlig unzureichend im Hinblick auf die ganz außergewöhnlich teuren Lebensverhältnisse. Einer der Redner meinte, man hätte es auf eine tariflose Zeit ankommen lassen sollen. Ein anderer meinte, es müsse damit gerechnet werden, daß hier und da Verträge gemacht werden würden, die neuen Bestimmungen zu umgehen. Allseitig wurde zum Ausdruck gebracht, daß man unsern Unterhändlern keinen Vorwurf machen könne. Der Bevollmächtigte Wicand trat der Ansicht, daß man es auf eine tariflose Zeit habe ankommen lassen sollen, entschieden entgegen und meinte, daß, wenn nach dem Kriege eine große Arbeitslosigkeit eintreten sollte, was durchaus nicht unwahrscheinlich sei, die Folgen eines solchen Schrittes geradezu katastrophal hätten sein können. Er bemerkte weiter, daß es nunmehr die Aufgabe der

Kollegenschaft sei, darauf zu sehen, daß die neuen Vereinbarungen in allen Betrieben zur Durchführung kämen und daß dort, wo man sich weigert, die neuen Bestimmungen anzuerkennen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorgegangen werden müsse.

Aus dem Geschäftsbericht über das vergangene Quartal geht hervor, daß die Zahlstelle trotz 30 Neueinstellungen 25 männliche und 171 weibliche Mitglieder neugewonnen hat, so daß der derzeitige Mitgliederbestand auf 2710 angewachsen ist. Im Jahre 1915 sind 84 gefallen. Dem Kassenericht war zu entnehmen, daß die finanzielle Entwicklung der Organisation gut war. Die Zahlstelle vermehrte ihr Vermögen um 5845 Mk., so daß das gesamte Vermögen der Leipziger Buchbinderarbeiterschaft die Summe von 140 090,85 Mk. erreichte.

### Aufgehobener Sparzwangverlaß.

Das Generalkommando für den 30. Armee-Korpsbezirk, der die Provinz Hannover, das Großherzogtum Oldenburg und das Herzogtum Braunschweig umfaßt, erließ am 22. April eine Bekanntmachung, die den auch in andern Bezirken angeordneten Sparzwangverlaß für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen einführte. Danach sollten den Jugendlichen nicht mehr als 18 Mk. von dem verdienten Wochenlohn und den Jugendlichen über 18-21 Jahren außerdem nicht mehr als ein Drittel des Mehrverdienstes angesetzt werden. Der überbleibende Lohn sollte, wie anderwärts auch, vom Unternehmer für den Jugendlichen bei der Spargeld-Einzahlung werden. Zur Abhebung dieser Spargelder bedurften die Jugendlichen oder deren Eltern der Genehmigung der Gemeindebehörde. Mit diesem Sparzwang wurde gleichzeitig die Freiwilligkeit der Jugendlichen dadurch eingeschränkt, daß ihnen bei Strafe verboten war, sich für die Dauer des Krieges aus dem Bereich des 10. Armee-Korpsbezirks zu entfernen, wenn nicht etwa ein Wegzug der Eltern erfolgte oder die jugendlichen Arbeiter zu Montagarbeiten nach auswärts verschickt wurden. Die ersparten Gelder sollten erst nach Beendigung des Krieges oder nach vollendetem 21. Lebensjahre des Zwangsparens zurückgezahlt werden können.

Um die Jugendlichen an der Flucht vor dem Sparzwang zu hindern, wurde am 28. April eine neue Verordnung erlassen, welche die Beschränkung der Freiwilligkeit sofort in Kraft setzte, während der Sparzwang erst am 1. Mai einträte. In Hannover und Braunschweig rief der Erlass starke Erregung unter den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen hervor. Ganz spontan legten am 1. Mai in Hannover und Braunschweig eine große Anzahl jugendliche, man schätzte sie an jedem Orte auf 400-600, die Arbeiter in den Fabriken wurden von dieser Arbeitsunterbrechung in Mitleidenschaft gezogen. Das Gewerkschaftsamt Braunschweig setzte sich mit dem Gewerkschaftsamt Hannover in Verbindung, um gemeinsam gegen die Verordnung vorzugehen. Das hannoversche Gewerkschaftsamt verhandelte aber allein mit dem Generalkommando und erreichte die Heraushebung des wöchentlich auszahlenden Lohnes auf 24 Mk. Danach wurde die Arbeit am Dienstag, 2. Mai, wieder aufgenommen.

Die Erregung der Braunschweiger Arbeiter richtete sich aber weniger gegen die Lohnsätze, als gegen die gesamte Bevormundung der Eltern und Jugendlichen und gegen die Beschränkung der Freiwilligkeit. Die Zahl der Streikenden wuchs bis Dienstag schon auf über 1000 an und am Mittwoch blieben noch weit mehr den Arbeitsstätten fern. Dazu kam noch die Aufregung über die Teuerung. Das alles führte zu so starken Mißbilligungen, daß das Garnison-Kommando und das Polizeipräsidium sich an die Genossen im Gewerkschaftsbureau wandten mit dem Ersuchen, beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken. Die Militärverwaltung stellte auch sofort 1000 Jentner Kartoffeln zur Verfügung.

Eine Deputation der Braunschweiger Arbeiter begab sich unter Führung des Redakteurs W e s e m e i e r nach Hannover zum Generalkommando und verlangte unter Darlegung der Sachlage Aufhebung der Sparzwangverordnung. Sie erklärte, daß die Streikenden sich weigern, die Arbeit wieder aufzunehmen, bevor nicht die Sparzwangverordnung aufgehoben sei. Auch die erwachsenen Braunschweiger Arbeiter drohten zu streiken. Das Braunschweiger Gewerkschaftsamt und die Gewerkschaftsvorstände hatten überdies scharfe Resolutionen gegen den Sparzwangverlaß gefaßt und energisch sofortige Maßnahmen gegen die Lebensmittelpreise gefordert. Dieses geschlossene und tröstliche Vorgehen hatte Erfolg. Am 5. Mai erließen folgende Bekanntmachung:

Hannover, den 5. Mai 1916.

Anfolge der erneut gestiegenen Teuerungsverhältnisse ist die Durchführung der Verfügung vom 22. April 1916, betreffend den Sparzwang der Minderjährigen, auf besondere Schwierigkeiten gestoßen. Ich lege die Verfügung daher bis auf weiteres außer Kraft. Der kommandierende General: gen. v. Linde-Suden.

Gleichzeitig waren plötzlich auch Kartoffeln in Hülle und Fülle am Markt, so daß der Verkauf statt wie bis dahin in einer, nunmehr in 23 Verkaufsstellen erfolgen konnte. Da schon am 4. Mai abends die Zusage des Generalkommandos nach Braunschweig telephoniert worden war, nahmen die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen am Freitagmorgen die Arbeit wieder auf. Der Sparzwangverlaß hat also nur vier Tage bestanden, ohne daß er in Wirklichkeit tritt. Seit dem 5. Mai befindet sich allerdings Braunschweig unter verschärftem Belagerungszustand. Zusammenkünfte mit Ausnahme derer vor den Lebensmittelgeschäften, sind verboten, ebenso das „nützliche Ausgehen“ abends von 9 Uhr an auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Öffentliche Versammlungen müssen beim Generalkommando angemeldet werden.

### Sie bleiben die alten...

Ende März fand in Berlin eine Vorstandssitzung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie statt, um zu der tags darauf folgenden Tagung der Zentrale der deutschen Arbeitgeberverbände für Streikverhütung Stellung zu nehmen.

Nachdem festgestellt worden war, daß im Jahre 1915 Forderungen für Streikschäden an die Zentrale nicht gestellt worden seien, wurde mitgeteilt, daß dem Hauptauschuß für nationale Arbeiter- und Berufsvereine (das sind die gewerblichen Gewerkschaften) ein Unterstellungsbetrag bewilligt werden solle.

Die von diesem Ausschusse getroffenen Maßnahmen, die auch die weitere Öffentlichkeit interessieren dürften.

Der Vorsitzende gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß, wenn diese Frage auch mehr für frühere einzelstaatliche Industriebezirke und weniger für die Textilindustrie Interesse habe, man sich doch wegen einer Unterfütterung der im Interesse der Unternehmer liegenden Bewegung für die Bewilligung aussprechen müsse. Er fand mit dieser seiner Meinung auch die Unterstützung der übrigen Herren. Mehrere Redner verdrückten sich dann über das gegenwärtige Verhältnis der Unternehmer zu den Arbeiterorganisationen. Einer der Redner führte aus:

Die Streikgewerkschaften, vor allem die von ihnen geschaffenen Einrichtungen, befinden sich in einer notleidenden Lage. Zudem hat sich der Gegensatz in den freien Gewerkschaften gegenüber der sozialdemokratischen Partei erheblich verschärft. Die Verhältnisse legen den Gedanken nahe, ob vielleicht jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, die Vertretung der allgemeinen wirtschaftlichen Interessen gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wahrzunehmen, gegenüber dem derzeitigen ungelassenen Zustande, wirtschaftliche Fragen nach parteipolitischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Die Schaffung eines Wirtschaftsparlaments, das wirtschaftliche Fragen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheiden muß, erachte er als ein dringendes Erfordernis. Vielleicht in Form einer besonderen Kammer für wirtschaftliche Fragen im Reichstage. Der jetzige Zeitpunkt sei geeignet, den Gedanken des Zusammengehens mit der organisierten Arbeiterkraft, den Gewerkschaften, näherzutreten, jedoch in äußerster Vorsicht. Diese Aufgabe müsse der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände zufallen.

Das lasse sich nur durchführen, sagte ein anderer Redner, wenn die Streikgewerkschaften von dem Grundsatze ihres Kampfes

gegen die Arbeitgeber abgehen. Das ließe vorherhand nicht zu erwarten. Um in der Arbeiterkraft immer mehr das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Werk und Arbeiterkraft zu fördern, sei es zweckmäßig, die gewerblichen Gewerkschaften, die diesen Zweck zu erreichen streben, zu unterstützen.

Ein anderer Teilnehmer machte an großer Vorsicht, wenn mit den Gewerkschaften Abhörung genommen werden sollte. Die Gewerkschaften würden zunächst ihre grundsätzlichen Forderungen stellen: Tarifverträge, Arbeitsämter. Falls hierin Zugeständnisse gemacht würden, sei es naheliegender, hiervon abzutommen, gleichgültig, ob das Zusammenarbeiten in wirtschaftlichen Fragen Erfolge aufzuweisen habe oder nicht.

Ein Redner aus Sachsen betonte sich darüber, daß die kaiserliche Regierung die Gewerkschaften zur Mitarbeit heranziehe, ohne daß eine Notwendigkeit dazu vorliege.

Zum Punkte Reichsvereinsgesetz wurde festgestellt, daß alle Unterverbände in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der von der Regierung vorgeschlagenen Abänderungen einseitig seien.

Wenn wir die Auslassungen, die beliebig vermehrt werden könnten — betrachten, finden wir, daß die Kriegszeit mit ihren mannigfaltigen Vorkommnissen an der grundsätzlichen Stellung der Unternehmer gegenüber den Arbeiterorganisationen durchaus nichts geändert hat. Sie sind nach wie vor entschlossen, die gewerblichen Vereine zu unterstützen und damit die Gewerkschaften zu bekämpfen. Wenn es nach ihrem Willen angeht, dürfte auch an dem reaktionärsten Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes nicht das geringste geändert werden. Die Deutlichkeit, mit der die arbeitserfreundlichen Tendenzen ausgesprochen werden, ist immerhin erfreulich. Mögen die Arbeiter daraus die nötigen Lehren ziehen!

### Die Staatsarbeiter und das Koalitionsrecht.

Am 3. Mai tagte in Berlin ein Vertretertag deutscher Staatsarbeiterverbände. Beteteiligt waren fast alle Organisationen der Staatsarbeiter im Post- und Eisenbahnbetriebe. Zur Besprechung stand die Gleichstellung der Staatsarbeiter mit den Arbeitern der privaten Betriebe, soweit das Koalitionsrecht in Frage kommt. Einzelne Redner führten als traffe Auswähle einer Koalitionsrechtsfeindlichen Politik an, daß die preussischen Behörden als Vorsitzende von Angestelltenverbänden und als Redakteure von Angestelltenorganen nur allzu Beamte dulden wollen, die dem Disziplinärrecht der Behörden unterliegen. Damit sei natürlich jede Bewegungsfreiheit der Staatsarbeiter aufgehoben.

Nach einem Referat über die Forderung des Koalitionsrechts für Staatsarbeiter, das allerdings verhältnismäßig wenig vom Koalitionsrecht selbst enthielt, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Obwohl § 1 des Vereinsgesetzes grundsätzlich allen Reichsangehörigen das Recht zur Vereinsbildung gewährleistet, hat die Regierung ihm bisher die Auslegung gegeben, daß die Rechte des Staates als Arbeitgeber mit Bezug auf die Arbeitsfähigkeit seiner Beamten und Arbeiter vom Vereinsgesetz unberührt gelassen würden. Diese Auslegung hat in der Praxis ständig zur Beschränkung der Vereinsfähigkeit der staatlichen Beamten und Arbeiter auch in gebildeten Vereinen geführt. Wenn daher die Beschränkung grundlos werden soll, daß die Novelle zum Vereinsgesetz für die staatlichen Beamten und Arbeiter belanglos sein wird, weil der Staat als Arbeitgeber diejenigen Beschränkungen weiter vornehmen wird, die die Novelle der polizeilichen Handhabung entgegensteht, dann muß einwandfrei erklärt werden, daß das Vereinsgesetz auch in vollem Umfange auf die Vereine der staatlichen Beamten und Arbeiter Anwendung findet, soweit nicht andere reichsgesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen.

Am Anschluß an die öffentliche Tagung fand am Sonntag eine geschlossene Sitzung statt, in der beschlossene wurde, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß bei der Beratung der Novelle zum Vereinsgesetz die Regierung zu einer Erklärung veranlaßt werde, in Zukunft den § 1 des Vereinsgesetzes eine für die Staatsbediensteten nicht mehr ungünstige Deutung zu geben. Die im Staatsinteresse notwendigen Beschränkungen sind im § 1 durch die Erziehung der anderen reichsgesetzlichen Bestimmungen genügend berücksichtigt.

Ferner beschloß sich die Vertreter mit der Teuerung der Lebensmittel und nahmen Resolutionen an, die sich für eine angemessene Preisbildung und für Erhöhung der Teuerungszulagen aussprechen, und in denen es unter anderem heißt:

Die Vertreter halten es für eine Pflicht der Verbände, in kommenden Friedenszeiten sich größeren Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik zu sichern.

### Der verhasste Gewerkschaftsgeist.

In einer Wagenfabrik in Dingolting (Niederbayern) haben sieben Arbeiter und eine Arbeiterin die Arbeit niedergelagt. Dieser Umstand hat einen konservativen Politiker veranlaßt, seinen Unmut über den verhassten Gewerkschaftsgeist und seine Herzenswünsche im Bayerischen Volksfreund folgendermaßen zum Ausdruck zu bringen:

Von gewerkschaftlicher Seite wird man gerade jetzt, da dem Reichstag eine die Gewerkschaften sehr stark fördernde Novelle zugetragen ist, dieses Vorgehen zweifellos nicht billigen, aber trotzdem bleibt nichts anderes übrig, als letzten Endes doch den Gewerkschaftsgeist dafür verantwortlich zu machen. Beachtenswert ist dabei noch, daß sich dieses Vorkommnis nicht in einem großstädtischen Industriezentrum, sondern in einer niederbayerischen Kleinstadt mit vorwiegend ländlichem Charakter ereignete. Ist dieser Streik schon aus allgemein menschlichen Gründen zu verurteilen, weil er zeigt, daß die Streikenden jedes vaterländischen Dankes für ihr Land, so beweist er aber auch, daß die Arbeiterkraft noch lange nicht so erzogen ist, daß man ihre, im Vergleich zu andern Ländern ohnehin schon fast unbefruchteten Koalitionsrechte noch mehr erweitern kann. Wenn man glaubt, politische Wünsche machen zu sollen, so wird man wohl bald inne werden, daß die erweiterten Freiheiten recht häufig zum Verdruss der Geschäftsgescheh misbräuchlich werden verwendet werden.

Eine größere Verhöhnung und Mißachtung des arbeitenden Volkes ist kaum noch möglich. Die Arbeiter haben das freie Koalitionsrecht niemals als ein „Geschenk“, sondern als ihr Recht verlangt. Und zu Beginn des Krieges, als dem Volke so ungeheure Opfer aufgebürdet wurden, kam auch einigen bürgerlichen Politikern so etwas wie Scham angesichts der willkürlichen Akte, die die Reaktionen aller Schattierungen gegen die Arbeiterkraft gerichtet hatten, und sie erklärten feierlich, daß es eine schreckliche Ungerechtigkeit wäre, wenn man die Arbeiter, die sich in der Stunde der Gefahr so groß opferwillig gezeigt haben, weiter wichtige Rechte vorenthalten wollte. Jetzt aber glaubt man keine Rücksicht mehr nehmen zu brauchen. Jetzt verlangt man von den Arbeitern nicht nur immer schwerere Opfer, sondern auch noch vaterländisches Dankgefühl dafür, daß sie diese Opfer tragen dürfen. Danach kann man ermesen, was die Arbeiterklasse von ihren wirtschaftlichen und politischen Gegnern nach dem Kriege zu erwarten hat.

### Kriegsgewinne.

Die Oberbayerische Aktiengesellschaft für Fabrikation von Pianos, Schellmohlfabrik für Armer und Marine veröffentlichte ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1915. Mit befalligem Schmunzeln werden die Aktionäre vernommen haben, daß 21 Prozent Dividende verteilt werden, pro Aktie 250 Mk. oder insgesamt 888 000 Mk. Ferner erhalten sie noch an Gewinnbeteiligung 4 Prozent, wofür die Summe von 112 000 Mk. ausgerechnet ist. Auch der Ausschüttung kann sich nicht beklagen, denn für die Herren Ausschüttung sind 65 333 Mk. bestimmt. Für die Zukunft sorgt man auch vor, denn für 1916 ist ein Vortrag von 51 886 Mk. angesetzt. Ferner wurden für Abschreibungen 680 000 Mk. zurückgelegt. Der Reingewinn betrug im Jahre 1915 die staatliche Summe von 1 250 021 Mk., dazu kommen noch 47 450 Mk. Vortrag aus dem Jahre 1914, während das gesamte Anlagekonto nur 1 402 700 Mk. beträgt.

